Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 142. Mittag-Ausgabe. Sechsundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Donnerstag, den 25. März 1875.**

Wie früher in gleichem Anlaß sind Mir auch zu Meinem diesjährigen Geburtsfeste von städtischen und ländlichen Gemeinden, Corporationen, Vereinen, Festgesellschaften und einzelnen Personen aus allen Theilen des deutschen Vaterlandes, die neuen Reichslande nicht ausgeschlossen, und nicht minder von jenseits der Grenzen des Reichs und aus außereuropäischen Ländern in Form von Telegrammen, Zuschriften, Poesien und musikalischen Compositionen Glückwünsche von eben so reicher Zahl wie freudig ansprechendem Inhalte gewidmet worden. Nicht ohne tiefe Rührung vermag Ich diese Beweise einer Mir persönlich geltenden allgemeinen Theilnahme zu überblicken. Zugleich erfrischt durch das wohlthuende Bewußtsein, welches Ich aus ihnen habe schöpfen können, möchte Ich allen jenen Glückwünschenden Meinen Dank aussprechen und veranlasse Sie zu dem Zwecke, diesen Erlaß zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 24. März 1875. **Wilhelm.**

An den Reichskanzler.

Deutschland.

Berlin, 24. März. [Amtliches.] Sr. Maj. der König hat den Landrath Hans Freiherrn von Zedlitz-Leipe, auf Teichenau bei Schweidnitz in Schlesien, den Landrath von Holwede zu Zabrze, den Regierungs-Rath Bernhard Freiherrn von Patow, zu Breslau, den Landesältesten Friedrich von Poser-Nädlitz, auf Mittel-Langendorf bei Polnisch-Wartenberg, den Hauptmann von der Infanterie des 1. Bataillons (Striegau) 1. Schlesischen Landwehr-Regiments Nr. 10 Alfred von Wietersheim, auf Neuhof, Kreis Striegau, den Premier-Lieutenant der Reserve des 2. Schlesischen Husaren-Regiments Nr. 6 Bernhard von Prittwitz, auf Casimir bei Ober-Glogau, nach Prüfung derselben durch das Capitel und auf Vorschlag des Durchlauchtigsten Herrenmeisters Prinzen Carl von Preußen, Königliche Hoheit, zu Ehrenrittern des Johanniter-Ordens ernannt.

Se. Majestät der König hat dem Superintendenten a. D. und emeritirten Pfarrer Bethke zu Elbing, dem emeritirten Pfarrer Rungius zu Britz im Kreise Teltow und dem Steuer-Einnehmer Freiherrn Schoultz-von Ascheraden zu Mühlhausen im Kreise Pr.-Holland den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Professor der Botanik an der Akademie in Lausanne, Schnetzler, den königlichen Kronenorden dritter Klasse und dem Oberbürgermeister Medicus zu Dessau den königlichen Kronenorden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Schauspieler Döring zu Berlin die Erlaubniß zur Anlegung folgender ihm verliehener nichtpreußischer Ordens-Insignien ertheilt, und zwar: des Ritterkreuzes des kaiserlich österreichischen Franz-Joseph-Ordens, des Ritterkreuzes erster Klasse des königlich württembergischen Friedrichs-Ordens, des Ritterkreuzes erster Klasse des großherzoglich badischen Ordens vom Zähringer Löwen, des Ritterkreuzes erster Klasse des großherzoglich hessischen Verdienst-Ordens Philipps des Großmüthigen, des Ritterkreuzes erster Klasse des großherzoglich sächsischen Hausordens vom weißen Falken, des Ritterkreuzes erster Klasse des herzoglich sachsen-ernestinischen Hausordens, sowie der königlich baierischen Ludwigs-Medaille, Abtheilung für Wissenschaft und Kunst.

Se. Majestät der König hat den bisherigen Wassenbau-Inspector Julius Gebauer zu Berlin zu Ober-Berg- und Baurath ernannt; und dem Bureauvorsteher und Rendanten bei der General-Ordens-Commission, Unglaube, den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Dem Kaiserlichen Consul Weber zu Apia ist auf Grund des Reichsgesetzes vom 4. Mai 1870 für seinen aus den Schiffer- und Tonga-Inseln, sowie den benachbarten Inselgruppen bestehenden Amtsbezirk die allgemeine Ermächtigung ertheilt worden, bürgerlich gültige Eheschließungen von Deutschen vorzunehmen und die Geburten, Heirathen und Sterbefälle von Deutschen zu beurkunden.

Dem Vice-Consul des Deutschen Reichs, H. Bronn in Port-Said ist auf Grund des § 20 des Gesetzes vom 8. November 1867 die allgemeine Ermächtigung zur Abhörung von Zeugen und Abnahme von Eiden ertheilt worden.

Dem Ober-Berg- und Baurath Gebauer ist die etatsmäßige Ober-Berg- und Baurathsstelle im Ressort der Bergwerks-, Hütten- und Salinen-Abtheilung des Handelsministeriums verliehen worden. — Der königl. Kreisbaumeister Gustav Wolff zu Pleschen ist in gleicher Eigenschaft nach Rawitsch, Reg.-Bez. Posen, versetzt worden.

Dem Sir William Palliser in London ist unter dem 22. März 1875 ein Patent auf eine Muttersicherung an Schraubenbolzen auf 3 Jahre ertheilt worden.

Berlin, 24. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen im Laufe des heutigen Vormittags Allerhöchstihren General-Adjutanten, General-Lieutenant Graf Brandenburg I., sowie den Flügel-Adjutanten Obersten Prinz Reuß XIII. vor deren Abreise in ihre betreffenden Garnisonen. Sodann nahm Se. Majestät die Meldungen des zu Allerhöchstihrem General-Adjutanten ernannten General-Lieutenant, Friedrich Wilhelm Prinzen zu Hohenlohe-Ingelfingen, und des zum General der Kavallerie beförderten Herzog Wilhem von Mecklenburg-Schwerin entgegen, und empfingen hierauf den Seconde-Lieutenant Wilhelm, Prinzen von Hessen, à la suite des Thüringischen Ulanen-Regiments Nr. 6. Um 11½ Uhr fand der Vortrag des Civilkabinets durch den Geheimen Kabinets-Rath v. Wilmowski und darauf der des Militärkabinets durch den Oberst-Lieutenant v. Haugwitz statt. Hierauf empfingen Se. Majestät Allerhöchstihren Flügel-Adjutanten Major v. Bülow vor dessen Ruckkehr nach Paris.

Nachmittags 3½ Uhr fand der Empfang des neu ernannten spanischen Gesandten, Don Francisco Merry y Colon, behufs Entgegennahme seiner Creditive statt, und um 4 Uhr wurde der bisherige spanische Gesandte Graf Rascon behufs seiner Verabschiedung empfangen.

Vor dem Diner hielt der Reichskanzler Fürst von Bismarck Sr. Majestät Vortrag, und Abends 7 Uhr empfingen Allerhöchstdieselben den diesseitigen Gesandten von Radowitz, der von St. Petersburg hier angekommen ist.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag die Meldung einiger höheren Militärs entgegen, und empfing um 12 Uhr den Kaiserlichen Botschafter in Paris, Fürsten von Hohenlohe. Abends 6 Uhr wohnte Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit mit dem Prinzen Friedrich Wilhelm, Königliche Hoheit, der liturgischen Andacht im Dome bei, uun begab sich um 7¼ Uhr zur Verabschiedung von Sr. Königlichen Hoheit dem Großherzog von Sachsen nach dem Anhaltischen Bahnhofe.

Ihre Kaiserliche und Königliche Hoheit die Kronprinzessin empfing Nachmittags um 3½ Uhr den Besuch Ihrer Königlichen Hoheit der Erbgroßherzogin und Abends 6½ Uhr Sr. Königlichen Hoheit des Großherzogs von Sachsen. (Reichsanz.)

Berlin, 24. März. [Die Verfassung der evangelischen Kirche. — Die Reise des Kaisers nach Italien.] Das gestern veröffentlichte Schreiben des Kaisers an den Präsidenten des evangelischen Oberkirchenraths, Dr. Herrmann, beweist aufs Neue die Zufriedenheit des Monarchen mit dem Fortgange des neuen verfassungsmäßigen Ausbaues der evangelischen Kirche. Die vielfachen, aus orthodoxen Kreisen hervorgegangenen Angriffe und Verdächtigungen gegen die Bestrebungen des Oberkirchenraths sind an leitender Stelle ohne allen Einfluß geblieben. Man ist zu der Hoffnung berechtigt, daß diese klare Stellung des summus episcopus auch in jenen Kreisen einen heilsamen Eindruck hervorrufen wird. Aus dem kaiserlichen Schreiben ergiebt sich, daß die General-Synode in nicht zu langer Zeit berufen und mit den Vorbereitungen schon jetzt begonnen werden soll. Ueber die Frage, ob Seitens des Kirchen-Regiments vor dem Abschluß des Verfassungsbaues durch die General-Synode eine Legalisirung der Kreis- und Provinzial-Synoden angestrebt werden soll, giebt das Schreiben des Kaisers keine bestimmte Auskunft. Wahrscheinlich wird jedoch das Kirchenregiment erst nach dem Zusammentreten der General-Synode solche Gesetzesvorlagen einbringen. Dies würde der Stellung des Abgeordnetenhauses entsprechen, welches bekanntlich nur die Gemeindeverfassung legalisirt hat und im Uebrigen die staatliche Anerkennung und die weiteren Reformen so lange vertagt wissen will, bis der ganze Verfassungsbau der Kirche vorliegt. Dann wird sich übersehen lassen, ob derselbe die nöthigen volksthümlichen Garantieen, also die unerläßlichen Voraussetzungen staatlicher Sicherheit bietet. Wie die Dinge heute liegen, kann eine unter dem Regimente der Geistlichen stehende Kirche auf staatliche Anerkennung nicht rechnen. Das Abgeordnetenhaus wird gewiß eine erhebliche Verstärkung des Laien-Elements in der Kirchenvertretung fordern. Wir machen bei dieser Gelegenheit aufmerksam auf die in dem Verein für kirchliche Wahlen in Berlin gestellten Forderungen für die Verfassung der evangelischen Kirche. Der Verein verlangt unmittelbare Berufung des evangelischen Volkes zu den Wahlen der Generalsynode und Wahl durch besonders dazu gewählte Wahlmänner, Verstärkung des Laienelements in den Kreis-Synoden, sowie eine stärkere Vertretung der großen Kreise in den Provinzialsynoden. Wenn die Mehrheit in den letzteren mit der evangelischen Bevölkerung in Uebereinstimmung leben will, wird sie wohlthun, sich diese Forderungen anzueignen. Die evangelische Kirche kann nur auf der breiten Grundlage dieser Volksthümlichkeit gedeihen. — Bestätigt es sich, daß der Kaiser von Rußland Mitte Mai und der König von Schweden Anfangs Juni nach Berlin kommen, so wird die Reise des Kaisers nach Italien Anfangs Mai erfolgen müssen, wenn sie überhaupt zur Ausführung gelangt. Daß letzterer Zweifel auch seine Berechtigung hat, wird von unterrichteter Seite zugegeben. Obwohl der Gesundheitszustand des Kaisers Nichts zu wünschen übrig läßt, so scheint man doch von ärztlicher Seite die Aufregungen einer Reise und andere nicht näher zu bezeichnende Unbequemlichkeiten zu scheuen. Genug, übernehmen nicht die Aerzte die Verantwortlichkeit für den guten Ausgang der Reise, so unterbleibt sie. Ohne Zweifel wäre dies Wasser auf die Mühle der Ultramontanen. Ihre hiesigen Spitzen behaupten ohnehin, daß das Reiseproject nur als eine Diversion gegen die fatale Zusammenkunft Franz Josephs und Victor Emanuels in Scene gesetzt worden sei. Jetzt, fügen sie hinzu, wo die Verhandlungen über die Modification des Garantiegesetzes völlig gescheitert sind, ist die Reise des deutschen Kaisers nach Italien überflüssig, wenn nicht unthunlich. Wir brauchen wohl nicht erst zu bemerken, daß daß diese müßigen Conjuncturen der Schwarzen nur der Wiederhall von Nachrichten sind, die namentlich in französischen und englischen Blättern einen fruchtbaren Boden gefunden haben.

[Der Vorstand des Vereins für Leichenverbrennung] zu Berlin hatte sich an das Staats-Ministerium gewandt, um die Genehmigung zur Leichenverbrennung zu erlangen. Durch einen gemeinschaftlichen Erlaß der Minister des Innern und der geistlichen Angelegenheiten ist das Gesuch abgelehnt worden. Diese Entscheidung gründet sich nach der „Prov. Corr." auf folgende Erwägung: Nach den das Leichenwesen betreffenden gesetzlichen Vorschriften sollen die Leichen auf den öffentlichen oder mit besonderer Genehmigung angelegten privaten Begräbnißplätzen beerdigt werden. Von dieser Voraussetzung ausgehend, sind durch Gesetze und Erlasse der Verwaltungsbehörden diejenigen Anordnungen getroffen, welche mit Rücksicht auf staatliche, religiöse und sanitärische Interessen zu einer angemessenen Regelung des Leichenwesens erforderlich sind. Diese bestehenden Anordnungen lassen sich weder ohne Weiteres dem Modus der Leichenverbrennung anpassen, noch sichert hinsichtlich dieser die Beachtung aller auf die bisherige Bestattung bezüglichen Vorschriften in ausreichender Weise gegen eine Verletzung der erwähnten berechtigten Interessen. Die Verbrennnung der Leichen würde, wenn sie eingeführt werden sollte, vielmehr eine Reihe von Anordnungen erforderlich machen, welche den bestehenden Rechtszuständen gegenüber, wie die Einführung selbst, nur im Wege der Gesetzgebung getroffen werden könnten. Eine genügende Veranlassung, diesen Weg zu betreten, liegt nicht vor. Der Vorschlag der Leichenverbrennung hat bisher keine weitgehende Zustimmung gefunden, und es darf bei den vorherrschenden religiösen Anschauungen und den sich fast allgemein kundgebenden Gefühlen der Pietät gegen die Leiche eines Angehörigen mit Sicherheit angenommen werden, daß die Verbrennung der Leichen auch in Zukunft kaum einen größeren Anklang finden werde.

Posen, 23. März. [Entscheidung des Obertribunals.] Der in Czarnikau inhaftirte Decan Lewandowski hat sich bekanntlich mit einer Beschwerde gegen das Kreisgericht an das Appellations-Gericht gewendet, und in dieser Beschwerde ausgeführt, daß eine längere Haft gefahrdrohend für seine Gesundheit ist. Da der Decan auch vom Appellationsgerichte abschläglich beschieden wurde, wandte er sich unterm 2. d. Mts. an das Obertribunal, von dem er unterm 17. d. Mts. folgenden Bescheid erhielt:

„In der Untersuchungssache, betreffend die Entdeckung der Person, welche widerrechtlich die Posener Erzdiöcese verwaltet, hat der Prodecan und Probst Lewandowski Beschwerde gegen den Beschluß des Appellations-Gerichtes vom 8. d. Mts. und zwar aus dem Grunde erhoben, weil sein Antrag auf Befreiung aus dem Gefängnisse, zu dem er wegen Verweigerung der Zeugenaussage verurtheilt ist, aus ungenügenden Gründen zurückgewiesen worden ist. Diese Beschwerde muß für begründet erachtet werden. Das Königliche Appellations-Gericht hat, ohne den durch ärztliches Zeugniß motivirten Antrag vorher zu prüfen, die Entlassung aus der Haft einzig deshalb abgelehnt, weil es ganz vom Willen des Beschwerdeführers abhängt, seine Freilassung durch Aufgabe seines weiteren Widerstandes zu erwirken. Dieses Motiv läßt sich gesetzlich nicht begründen, da, wenn die fernere Haft wirklich schädliche Folgen für die Gesundheit und das Leben des Inhaftirten nach sich ziehen sollte, diese für die Dauer der Gefahr unterbrochen werden muß. Der Beschluß des Königl. Appellations-Gerichtes vom 8. d. M., soweit er die Ablehnung des Gesuchs des Beschwerdeführers um Befreiung aus der Haft wegen Krankheit betrifft, wird also hiermit aufgehoben, und werden die betreffenden Acten dem Königl. Appellations-Gericht zurückgesendet behufs neuer Beschlußfassung über den gedachten Antrag, wobei das beigefügte ärztliche Zeugniß vom 5. d. M., sowohl der Form als dem Inhalte nach, zu prüfen ist. gez. v. Ingersleben."

Bremen, 23. März. [Adresse.] Hier wird die nachfolgende Adresse an den Reichskanzler zu dessen sechzigsten Geburtstag vorbereitet:

An den Reichskanzler Fürsten von Bismarck.

Durchlauchtigster Fürst!

Ew. Durchlaucht bevorstehender sechzigster Geburtstag erweckt in den Herzen der Unterzeichneten das lebhafte Bedürfniß, den innigen Wünschen für Ihr Wohlergehen Ausdruck zu verleihen.

Selten ist es einem Menschen beschieden gewiesen, daß er wie Sie auf glänzender und thatenreicher Laufbahn die Herzen seiner Mitbürger so rasch und unwiderstehlich erobert hat und so sehr zum Liebling des Volkes geworden ist, daß sein für einen Augenblick befürchteter Rücktritt von dieser Laufbahn allgemein wie ein Nationalunglück empfunden wurde.

Sie haben, von dem gerechten und unerschütterlichen Vertrauen unseres erhabenen kaiserlichen Herrn getragen, der Nation die Bahnen eröffnet, auf welchen dieselbe das lange und schmerzlich ersehnte Ziel ihrer Einheit und inneren staatlichen Organisation in wunderbar kurzer Zeit erreicht hat.

Ew. Durchlaucht haben Ihren Namen mit dem des Deutschen Reiches und mit dem des deutschen Volkes für alle Zeiten unauflöslich verflochten. Aber zur vollständigen Befestigung des schwer errungenen heiligen Besitzes und zur Niederwerfung der letzten Widersacher des nationalen Gedankens bedarf und erhofft das Vaterland die fernere aufopfernde Hingabe Ihrer hohen Einsicht und Ihrer ungebrochenen Thatkraft.

Ew. Durchlaucht schreckt es nicht, daß verbrecherische Hände sich gegen Sie waffnen, daß Ihre Widersacher in verzweifelter, aber auf die Dauer ohnmächtiger Gegenwehr sich auf die finstere Macht stützen, welche, selber heimathslos, jeder vollsthümlichen Entwickelung und jeder unabhängigen Staatenbildung, vor allem aber deutscher Art und Natur feindselig, kein Mittel scheut, um ihre unheilvollen Pläne durchzusetzen.

Wenn diese Feinde aber auch in anderen Kreisen, die den Gesinnungen Ew. Durchlaucht einst nahe zu stehen schienen und die sich noch jetzt für Patrioten halten und ausgeben, zerstreute Anhänger finden, so mag das freilich Ihre Seele mit gerechtem Schmerz und Unmuth erfüllen. Aber Sie mögen Sich an der tröstlichen Ueberzeugung stärken und aufrichten, daß die überwältigende Mehrheit, die edelsten und besten Männer des deutschen Volkes treu zu Ihrer Fahne halten und daß sie mit uns an diesem Tage den bisher so sichtlichen Segen Gottes von Neuem auf Ew. Durchlaucht herabflehen, damit er Ihnen noch lange die Gesundheit und die Geistesfrische, den Scharfblick und den Kampfesmuth erhalte, der dem bewährten Führer auf diesen steilen Bahnen ebenso unentbehrlich ist wie dieser Führer unserem Volke.

Bremen, im März 1875. Ew. Durchlaucht treu ergebene

Darmstadt, 24. März. [Die Abgeordnetenkammer] genehmigte in ihrer heutigen Sitzung die Staatsverträge über die neuen Eisenbahnlinien Neckargemünd-Jartyausen, Eberbach-Erbach und Mannheim-Worms. Ferner wurde mit allen gegen 3 Stimmen beschlossen, einen Zuschuß von 691,200 Mark aus Staatsmitteln für den Wiederaufbau des Hoftheaters zu bewilligen.

Aus Hohenzollern, 23. März. [Zum Culturkampf] wird dem „Schw. M." Folgendes mitgetheilt: Der Pfarrer Pfister in Wilflingen (vom Bisthums-Verweser v. Kübel in Freiburg auf die Pfarrei gesetzt, ohne daß davon der Regierung in Sigmaringen Anzeige gemacht worden) hat gegen die Mai-Gesetze verstoßen und wurde daher schon mehrmals straffällig. In der Gemeinde, die zum größten Theile dem Pfarrer anzuhängen scheint, herrscht nun gegen diejenigen Orts-Angehörigen, die den Pfarrer den zuständigen Behörden angezeigt haben, große Erbitterung, die insbesondere letzten Sonntag, da Gottesdienst gehalten werden sollte, hervortrat. Zunächst soll ein im Schuldienst ergrauter Mann als Denunciant begrüßt worden sein. Hierauf soll erklärt worden sein, daß kein Gottesdienst stattfinde, so lange die Denuncianten N. N. in der Kirche seien. Diese wollen indessen die Kirche nicht verlassen, und es begannen Einige ein allgemeines Gebet: doch es mußte dieses unterbrochen werden, denn dem Verlangen, daß die der Denunciation Verdächtigen die Kirche verlassen sollten, sollte vor Allem stattgegeben werden. Ein Theil der Gemeinde verließ nun die Kirche, stellte sich vor derselben auf und empfing nun die als Denuncianten Bezeichneten mit Drohungen aller Art, und es fehlte nicht viel, so wäre es zu ernsten Thätlichkeiten gekommen.

⊙ **München,** 22. März. [Zur Kriegsminister-Krisis.] Heute munkelt man bereits von einer allgemeinen Ministerkrisis; die partielle ist noch nicht applanirt. Bekanntlich wurde von der „Süddeutschen Presse" gleichzeitig mit der ersten Kunde von der Absicht des Freiherrn von Pranckh zurückzutreten die Version verbreitet, daß die übrigen Minister dem Kriegsminister gegenüber ihre volle Solidarität betont hätten und daß Freiherr von Pranckh sich in Folge dessen zum Bleiben entschlossen hätte. Diese Version muß jedoch nicht richtig gewesen sein, denn wenige Tage darauf erfuhr man, daß ungeachtet des abschläglich beschiedenen ersten Demissionsgesuches, der Kriegsminister ein zweites eingereicht habe, welches alsdann am 18. März die Genehmigung des Königs erhielt, an dem Tage, wo Freiherr von Pranckh durch die Beschlüsse der Reichsrathskammer vollkommen rehabilitirt worden war. Hiernach ist man zu der Annahme berechtigt, daß Freiherr von Pranckh seinen schon am 8. März gefaßten Entschluß zurückzutreten, festgehalten hat, und durch keine Vorstellungen seiner Collegen davon zurückgebracht werden konnte. Gegenwärtig handelt es sich nun darum, einen Nachfolger zu finden, der auf die Intention des Gesammtministeriums eingeht, das Militair-Beamten-Pensions-Gesetz im Wege der Verordnung einzuführen. Freiherr von Pranckh hat dies abgelehnt, weil er constitutionelle Bedenken trug und wir glauben, daß er das Richtige erwählt hat. Nach dem Votum vom 8. März liegt unseres Erachtens keine andere Möglichkeit vor, als daß das Ministerium die Sache an den Bundesrath bringt und demselben anheimstellt, dem Versailler Vertrage auch in dieser Beziehung (nämlich bezüglich der Rechtsverhältnisse der Militärbeamten) Geltung zu verschaffen. Eine überaus kitzliche Sache mag das allerdings für ein baierisches Ministerium sein, aber was wollen sie sonst thun? Wollen sie sich gänzlich passiv verhalten und warten bis die liberalen Abgeordneten die Sache im Reichstage anregen? Das wäre gewiß nicht correct und die Reichsregierung würde mit Recht geltend machen, daß die baierische Regierung hätte die Initiative ergreifen sollen. Jammerschade aber wäre es, wenn ein Ministerium, welches bisher mit entschieden großer Energie und Geschicklichkeit alle ultramontanen Klippen glücklich umschifft hat, an dem Kammervotum vom 8. März scheitern sollte, einem Votum, was noch dazu nicht einmal ein Minoritätsvotum war, sondern welchem nur eine Anzahl Stimmen an der verfassungsmäßig erforderlichen Zweidrittelmajorität fehlten. Wir dürfen übrigens nicht verkennen, daß sich das baierische Ministerium gegenwärtig in einer überaus schwierigen Lage befindet, Angesichts der Encyclica vom 5. Februar die diplomatischen Beziehungen zum päpstlichen Stuhle aufrecht zu erhalten, dürfte ganz unmöglich sein und doch mag es sehr schwer sein, den König zu bewegen, dem

päpstlichen Nuntius seine Pässe zuzustellen. Für die Adreßbewegung unter den baierischen Katholiken, eine Adresse, welche gerade herausſagt, daß König Ludwig II. einen Papst anerkennen wird, den die Regierung des deutschen Reichs als nichtvorhanden betrachtet; dazu die dem deutschen Reiche feindliche Stellung des baierischen Episkopats — das sind lauter Dinge, die Herrn von Lutz viel Kopfzerbrechen machen mögen!

Säckingen, 23. März. [Die Adresse an den Papst.] Dem „Alpboten" in Baden schreibt man aus dem Amte Säckingen: „Daß wirklich Adressen an den Papst herumgetragen und Unterschriften gesammelt werden, ist bekannt, weniger aber der Schwindel, der den Leuten vorgemacht wird, um sie zu — bewegen. Hier ein Exempel: Im Dorfe W. sagte der Colporteur, ein Mann, der sich anno 1848 durch Ankauf alter Gewehre in der Schweiz ein bleibend zweifelhaftes Renommée erworben, zu den Leuten: Der heilige Vater reiste kürzlich Incognito zum deutschen Kaiser und sprach zu ihm: „Höre Bruder in Christo, so kann's nicht fortgehen mit dem Einsperren und Ausweisen meiner armen Bischöfe und Priester (Jesuiten), es muß anders werden oder . . .", worauf der Kaiser geantwortet haben soll: „Ja, ja, das sehe ich selber ein, lieber Vater, ich will meinen Sohn, den Kronprinzen, rufen lassen und die Sache besprechen (der Bismarck darf nichts davon wissen), und das Resultat der Conferenz sei gewesen, daß der Kaiser sagte: „Wenn Sie mir so und so viel 100,000 Unterschriften bringen von Ihren Leuten aus dem Volke, so soll Ihnen Recht werden ꝛc." Und wahrhaftig, es giebt Leute, die diesen hocus pocus glauben.

4 **Straßburg**, 22. März. [Zu Kaisers Geburtstag. — Zöglinge des Priester-Seminars im Einjährig-Freiwilligen-Examen. — Journalistisches.] Dem heutigen kaiserlichen Geburtstage zu Ehren haben die öffentlichen Gebäude und manche Privathäuser ihren Flaggenschmuck angelegt. Daß man die städtischen Gebäude auch in diesem Jahre ohne Schmuck gelassen, da doch ein guter Deutscher über sie zu verfügen hat, will den hiesigen Deutschen wenig gefallen. Man meint, gerade durch so zarte Rücksichten auf ihre „Gefühle" macht man die Eingeborenen nur noch halsstarriger, als sie schon sind. Die heutigen Festlichkeiten zu Ehren des Kaisers beschränkten sich auf das Blasen von Chorälen auf der Münster-Plattform in früher Morgenstunde, sowie auf evangel. und kathol. Militär-Gottesdienst heut Vormittag. Zum Anhören der Militärmusik bei der heutigen Parole-Ausgabe auf dem Broglie-Platze hatte sich ein sehr zahlreiches und elegantes Publikum eingefunden. Alle sonstigen Festlichkeiten unterbleiben bekanntlich auch hier aus Rücksichten auf die Charwoche. — Die hierselbst in der vorigen Woche abgehaltene Prüfung für den Einjährig-Freiwilligen-Dienst war insofern von besonderem Interesse, als sich zu ihr zum ersten Male eine Anzahl junger kathol. Cleriker, Zöglinge des hiesigen Priester-Seminars, gestellt hatten. Bis zum letzten Augenblicke haben die geistlichen Oberen dieser Jünglinge Versuche gemacht, ihnen die Befreiung von dieser Prüfung auszuwirken, natürlich bei der Lage der Gesetzgebung vergeblich. Ueber die Früchte priesterlicher Unterweisung, die bei Gelegenheit dieser Prüfung zu Tage getreten sein sollen, erzählt man in der Stadt kaum Glaubliches. So viel steht fest, daß trotz der allerbescheidensten Anforderungen der Prüfenden ein beträchtlicher Theil jener katholischen Priesterzöglinge wegen allzugroßer Mängel in ihrem Wissen von der Berechtigung zum einjährigen Militärdienst noch hat ausgeschlossen werden müssen. Ueberhaupt ist das Ergebniß der diesmaligen Prüfung nicht als ein glänzendes zu bezeichnen, da von den 77 Examinanden (bis auf 8 geborene Elsasser) nur 36 den fraglichen Berechtigungsschein erlangt haben. — Aus der Redaction der officiösen „Straßburger Zeitung" scheidet zum 1. April d. J. der Chef-Redacteur Herr Th. Renaud, ein ehemaliger evangelischer Theologe aus Baiern, aus, da er zum Schul-Inspector des Kreises Rappoltsweiler ernannt worden ist. Sein Nachfolger wird ein Herr Trost, bisher Redacteur der „Neuen Mülhausener Zeitung". Von politischer oder journalistischer Bedeutung ist dieser Personenwechsel schwerlich.

Oesterreich.

Pest, 24. März. [Der Minister des Innern, Tisza,] ist in Debreczin mit Einstimmigkeit als Mitglied des Unterhauses wiedergewählt worden. Die Bemühungen der extremen Partei, welche Kossuth's Wahl durchsetzen wollte, scheiterten vollständig.

Schweiz.

Bern, 20. März. [Die eidgenössischen Räthe.] Nachdem sich heute Morgen, schreibt man der „K. Z.", die eidgenössischen Räthe noch über einige Differenzpunkte in Uebereinstimmung gesetzt, sind dieselben von ihrem Präsidenten ohne Schlußrede entlassen worden. Allem Anschein nach werden sie aber schon in den nächsten Tagen in außerordentlicher Sitzung wieder zusammentreten. Wie sich aus Aeußerungen verschiedener Mitglieder des Bundesrathes ergeben hat, ist nämlich dessen Mehrheit wirklich geneigt, die Kirchenpolitik der Berner Regierung zu dementiren und die auf Grund der neuen Bundesverfassung neu eingelaufenen Recurse gegen die Ausweisung der renitenten katholischen Geistlichen aus den jurassischen Bezirken für begründet zu erklären. Einer der sarner Bundesräthe soll sogar versichert haben, es handle sich bei Fassung dieses Beschlusses des Bundesrathes nicht mehr um Monate oder Wochen, kaum noch um Tage, sondern nur noch um Stunden. Auf dieses hin hat nun gestern Abend eine zahlreich besuchte Versammlung der Bern freundlich gesinnten Bundesversammlungsmitglieder stattgefunden, in welcher nach lebhafter Discussion beschlossen wurde, gegen ein derartiges Vorgehen des Bundesrathes in energischer Weise Stellung zu nehmen, zu welchem Zwecke ein aus den Herren Nationalräthen F. Stämpfli (Bern), Ruchonnet (Waadt) und Ziegler (Zürich) bestehendes Comite mit dem Auftrage eingesetzt wurde, im Namen der gestrigen Versammlung, falls der Bundesrath wirklich einen solchen Entscheid in der oben erwähnten Recursangelegenheit fassen sollte, sofort die Einberufung einer außerordentlichen Bundesversammlung zu verlangen. Unter solchen Umständen sieht man natürlich hier mit großer Spannung dem bezüglichen Entscheide des Bundesrathes entgegen.

Zürich, 22. März. [Aus den Verhandlungen des Stände-Rathes und des National-Rathes. — Kirchliches.] Die Bundesväter sind nach Hause gegangen, nachdem sie noch einen ganzen Haufen schwarzer Wäsche bereinigt hatten. Der Nationalrath hatte den ersten Angriff. Es waren 11 kirchlich-politische Recurse eingelaufen, welche hauptsächlich die Absetzung des Bischofs Lachat betrafen. Die Commission (Berichterstatter Heer) beantragte Abweisung, weil die Diöcesanstände lediglich ihre Souveränetätsrechte ausgeübt hätten, ohne verfassungsmäßige Rechte zu verletzen, der Bund daher keinen Grund zum Einschreiten habe. Der französische Berichterstatter Joly wies nach, daß das von den Beschwerdeführern angerufene canonische Recht von keiner Cantonsregierung anerkannt worden sei. Die Commissions-Minderheit beantragte durch Eberle entweder freundeidgenössische Vermittelung oder Begründeterklärung der Recurse. Die römischkatholische Kirche sei gewährleistet von Bund und Cantonen und nach katholischem Recht könne ein Bischof nicht von weltlichen Behörden abgesetzt werden. Segesser eben so: das Recht des Staates sei durch das der Kirche beschränkt (!) und erstrecke sich durchaus nicht auf die Amtsverrichtungen eines Bischofs. Wuilleret (welcher die Schweiz Herrn Napoleon zu Füßen legte) hatte die edle Dreistigkeit, das Wort zu ergreifen und damit den größten Theil der Mitglieder zu verjagen. Er meinte unter Anderem, Lachat habe mit Verkündung der Unfehlbarkeit nach Eid und Gewissen gehandelt, wie alle anderen Bischöfe auch. Bundesrath Cérésole begründete die Unthätigkeit des Bundesrathes mit dem gänzlichen Mangel an Competenz, weil die Absetzung des Bischofs keine Verfassung und keinen Vertrag verletzt habe. Vergleichsverhandlungen zwischen Bischof und Ständen aber versprächen keinerlei Erfolg. Jolissaint führte die lange Reihe der Thatsachen auf, mit welchen der Bischof systematisch dem Rechte des Staats Hohn gesprochen, bis er vom verdienten Schicksal ereilt wurde. Als protestantischer Bundesgenosse kam Gonzenbach den Clericalen zu Hülfe. Die Zustände im Jura bedurften dringend der heilenden Hand des Bundes; die Kantons-Regierungen selbst mußten einsehen, daß sie der Kirche und dem Bischof zu nahe getreten (?). Kaiser dagegen fand das Verfahren der Stände ganz in Ordnung gegenüber dem willkürlichen, Rechtsverachtenden, Geßlerartigen Gebahren des Bischofs. Die Gewährleistung einer Kirche berechtige sie keineswegs, nach Belieben zu schalten, am wenigsten, neben der staatlichen eine geistliche Souveränetät zu beanspruchen. Baumgartner rühmte die friedlichen Zustände des Bisthums unter den Bischöfen Salzmann und Arnold; Lachat habe bald das Unterste zu oben gekehrt, bis endlich den Kantonen die Geduld ausgegangen. In der Schweiz solle das gemeine Landesrecht und nicht das canonische Recht Herr sein. Bützberger wies nach, daß die Festsetzung der Grenzen zwischen Staat und Kirche dem ersteren zukomme und daß seinen Gesetzen Jedermann, auch die Geistlichen, gehorchen müsse. Der Versöhnungsantrag sei keineswegs ein unschuldiger, sondern ein gefährlicher; er berge in sich eine Parteinahme für den römischen Clerus und gegen die Regierungen. „Die Deutschen weigern sich, nach Canossa zu gehen; auch wir in der Schweiz befinden uns in der Lage, unser heimisches Verfassungsrecht gegenüber der römischen Curie zu schützen und zu wahren." Fischer verlangte die Dazwischenkunft des Bundes, indem er sich zu einem kühnen Vergleich verstieg zwischen der Vergewaltigung der Protestanten durch Ludwig XIV. und der Katholiken durch die Berner Regierung. Mit 80 gegen 24 Stimmen wurden dann die Recurse als unbegründet abgewiesen. Folgten die früher vom Bundesrath zurückgewiesenen Recurse gegen die Ausweisung der widerspenstigen Geistlichen aus dem Jura. Da diese Rekurse auf Grund der neuen Bundesverfassung, welche keine Landesverweisung gestattet, erneuert worden sind, so beantragte die Commission Rückweisung an den Bundesrath, damit dieser erst seinen Entscheid treffe. Joly erklärte, das Verfahren im Jura erinnere an Belagerungszustand und verletze entschieden das Recht des katholischen Volkes. Diese Aeußerung rief den ernsten Widerspruch anderer Redner hervor. Namentlich entrollte der Bernische Regierungsrath Teuscher ein farbenreiches Bild von dem wühlerischen Treiben der obergerichtlich abgesetzten Geistlichen im Jura; die Regierung sei dadurch zur Abwehr genöthigt worden, habe aber nur das mildeste Mittel, die Ausweisung, zur Anwendung gebracht. Jedem Geistlichen, welcher sich den Staatsgesetzen füge, stehe die Rückkehr sofort frei. Die Unterdrückung des katholischen Gottesdienstes sei eine ultramontane Lüge. Unterdrückung sei freilich vorhanden, nämlich die von den Geistlichen geschürte Verfolgung der Liberalen durch die Ultramontanen. Die Berner Regierung sei daher außer Stande, die Ausweisungsmaßregel schon jetzt zurückzunehmen, und erwarte, daß sie nicht vom Bund gedrängt werde. Ihr Verfahren sei vom Großen Rath und der großen Mehrheit des Volkes entschieden gebilligt worden. „Die Frage, um welche es sich im jurassischen Kirchen-Conflict handelt, dreht sich einfach darum, ob der Kanton Bern von einer Handvoll rebellischer Priester seine Gesetzgebung verhöhnen lassen soll oder ob er diese Geistlichen unter sein Gesetz beugen kann." Mit 74 gegen 27 (welche sofortige Abweisung wollten) wurden die Rekurse an den Bundesrath zurückgewiesen. Eine weitere Beschwerde war die der katholischen Synode Thurgaus dagegen, daß nicht sie, sondern die Regierung die Vertretung in der Diöcesan-Conferenz führe. Diese Beschwerde wurde mit 71 gegen 22 Stimmen abgewiesen, weil die Diöcesan-Conferenz eine rein politische Verbindung von Kantonsregierungen zur Wahrung der Hoheitsrechte in kirchlichen Dingen ist. Endlich erfochten noch die Clericalen einen kleinen Sieg. Der Bundesrath hatte die Beschwerde des ultramontanen „Condente cattolico" gegen die ihm von der Tessiner Regierung auferlegte Geldstrafe von 1000 Fr. für begründet erklärt. Ein Rekurs dieser Regierung dagegen ist jetzt vom Nationalrath abgewiesen worden. — Der Ständerath machte die geistlichen Rekurse in einer Sitzung ab, indem er sich vollständig des Redehaltens enthielt. Die Mehrheit der Commission (Hoffmann) und die Minderheit (Schaller) stellten dieselben Anträge, wie im Nationalrath. In dem Bericht des ersteren heißt es u. A.: „Das neue Recht der römischen Kirche hat sich selbst in einen unlöslichen Gegensatz zum Rechte des modernen Staates gesetzt und die nothwendige Folge dessen sind die Conflicte, welche in der ganzen Culturwelt zwischen Kirche und Staat zum Ausbruch gelangt sind. Die Staatsbehörden sehen sich der aggressiven Kirche gegenüber in einen Zustand der Nothwehr versetzt. Sie müssen deshalb das Recht haben, mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den staatsgefährlichen Ansprüchen der römischen Curie entgegenzutreten.'" Die Beschwerde über die Absetzung des Bischofs wurde mit 20 gegen 15 Stimmen abgewiesen, ebenso mit 19 gegen 12 die Beschwerde der Thurgauischen Synode; die Beschwerde gegen die Ausweisung der jurassischen Geistlichen ging an den Bundesrath zurück. — Für den Fall, daß der Bundesrath zu Gunsten dieser ausgewiesenen Geistlichen entscheidet, haben sich 44 Mitglieder der Bundesversammlung gelobt, die Berufung einer außerordentlichen Bundesversammlung zu verlangen. — Der Kreuzzug Ultramontaner und Conservativer gegen die beiden öfter erwähnten Bundesgesetze hat unter Mitgliedern der Bundesversammlung zu Besprechungen geführt; man wird den Fehdehandschuh getrost aufnehmen. — Von den 21 am Postcongreß betheiligten Staaten sind 14 dem internationalen Postvertrag beigetreten; von den großen Staaten fehlen noch Oesterreich, Italien und Frankreich. Mit dem 1. Juli wird der Vertrag in's Leben treten; der Bundesrath wird nicht säumen, das ihm aufgetragene internationale Postbureau einzurichten. Das Vertrauen der Völker und Regierungen hat die Schweizer einmal entschieden zu Oberrichtern und Buchhaltern der Civilisation gemacht, zuerst im Sanitätswesen, dann im Telegraphenwesen, jetzt im Postwesen. — An der Wahl der katholischen Synode in Bern haben sich gegen 2500 Bürger betheiligt, welche etwa den vierten Theil der katholischen Bevölkerung ausmachen; die Ultramontanen, welche lieber blind gehorchen, als sich selbst regieren, machten nicht mit. — Die Wallfahrten der jurassischen Ultramontanen nach den französischen Grenzdörfern gewinnen während der Passionszeit größeren Umfang. Man legt aber keine Erbsen mehr in die Schuhe, sondern läßt sich auf Leiterwagen in das heilige Frankreich fahren; letztere sind auch deshalb zweckmäßiger, weil es Abends auf der Heimkehr an umfangreicher Unzurechnungsfähigkeit nicht fehlt. Die demoralisirende Kraft des Pilgerthums bewährt sich auch hier. — Auf polizeilichem Wege ist endlich die Räumung des Klosters Mariastein bewirkt worden; der Abt ging mit dem üblichen Protest ab. Wie es heißt, werden die Väter sich nach Delle in Frankreich begeben. — In einem St. Gallischen Orte entdeckte der katholische Pfarrer zu spät, daß die Taufzeugen des eben getauften Kindes gemischter Ehe Protestanten waren. Er erklärte die Taufe für ungiltig; sie wurde aber flugs giltig, als der Vater erklärte, er werde das Kind evangelisch taufen lassen. Derselbe Pfarrer hat das Malheur, wegen Mißhandlung eines Schülers in Untersuchung gerathen zu sein. — In der Stadt St. Gallen und an anderen Orten wird mit dem Muttergotteswasser von Lourdes als Heilmittel schnöder Schacher getrieben; besonders zeichnet sich darin der wegen Gesetzübertretung mehrfach bestrafte Pfarrer Schnellmann zu Wilters aus. Die Sanitätspolizei sollte das Volk über die Gefahren solcher geistlichen Quacksalberei belehren. Es scheint uns, daß überhaupt die Behörden zu lässig sind, den Aberglauben auf dem Wege der Ueberzeugung zu bekämpfen; sie sollten das Göthe'sche Wort beherzigen: „weil sich der Irrthum täglich wiederholt, so muß auch die Wahrheit täglich wiederholt werden."

Italien.

Venedig, 22. März. [Die Enthüllung des Denkmals Daniele Manin] hat heute in feierlicher Weise stattgefunden. Die Stadt war zu Ehren des Tages reich beflaggt und die Geschäfte blieben geschlossen. Am 20. Mai 1804 zu Venedig geboren, widmete Manin sich dem Studium der Jurisprudenz und zeichnete sich als Advokat aus. Am 21. December 1847 überreichte er der lombardischen Generalcongregation eine Petition, in welcher Oesterreich ersucht wurde, dem lombardisch-venetianischen Königreiche eine unabhängige Stellung zu geben. Wegen dieser Petition verhaftet, wurde er am 17. März 1848 wieder freigelassen. Bei der Revolution am 22. März stand er an der Spitze der Bürgerdeputation, welche vom Gouverneur Waffen verlangte und auch erhielt. Am folgenden Tage wurde die Republik proclamirt und Manin zum Minister-Präsidenten ernannt. Am 3. Juli von Castelli verdrängt, wurde er am 11. August von seiner Partei zum Dictator ernannt und behauptete sich ziemlich ein Jahr gegen die Oesterreicher. Bei der Uebergabe der Stadt wurde er mit 39 anderen Führern der Revolution von der Amnestie ausgeschlossen und begab sich zunächst nach Korfu, von dort nach Paris, woselbst er bis zu seinem Tode als Sprachlehrer und Journalist lebte. Er starb am 22. September 1857.

Rom. [Sonzognos Mörder.] Der „N. fr. Pr." schreibt man von hier:

Die „Capitale" ist endlich in der Lage, über die Ermordung ihres Gründers und Chef-Redacteurs Sonzogno „mehr Licht" versprechen zu können. Das Blatt thut dies in einer durchaus mysteriös gefärbten Notiz. Die Untersuchung sei ihrem Abschluß nahe; von den zwölf der Mitschuld verdächtigen Individuen seien nur noch sieben im Gefängniß, die Anderen als unschuldig aus der Haft entlassen worden; das Aktenmaterial werde nächstens der Anklagekammer übergeben werden und diese den Beginn der gerichtlichen Verhandlung wahrscheinlich für den Monat Mai anberaumen — dies ungefähr das Substantielle in den Mittheilungen der „Capitale". Aber nebenbei verspricht das Blatt die haarsträubendsten Enthüllungen, so etwas wie die bengalische Beleuchtung eines Intriguendunkels, vor welchem der geschickteste Dramenmacher sich als Stümper fühlen müßte. Welcher Art diese Intriguen wären, das Blatt sagt es natürlich nicht; aber in den angeblich „unterrichteten Kreisen" spricht — alle Welt davon. Was die Römer über den Hauptangeklagten, Giuseppe Luciani, erzählen, ist geradezu entsetzlich. Der gesetzliche Sohn eines Handwerkers, der natürliche eines Priesters, habe er sich von jeher durch eine abgefeimte Industrie-Ritterlichkeit ausgezeichnet. Sein politischer Lebenslauf beginne mit der Vergiftung Ratazzi's. Im Besitz von Briefen einer Prinzipessa, habe er dieselben nur gegen Bezahlung herausgegeben. Man nennt die Summe: zehntausend Franks. Heirathslustig, habe er der Prinzipessa seine Hand angeboten und diese ihm gesagt: „Machen Sie sich eine Stellung im Parlament und ich willige ein." Darauf candidirte Luciani, unter der Hand von den Clericalen unterstützt. In Trastevere liest man heute noch die vergilbten zerfetzten Wahlaufrufe: „Wählt einen Römer, Giuseppe Luciani!" oder: „Der beste Candidat ist Giuseppe Luciani" oder Aehnliches. Der Bezirk wählte, wie bekannt, einen andern Giuseppe — Giuseppe Garibaldi. Dieser wurde von der „Capitale" enthusiastisch empfohlen, während Luciani ebenso enthusiastisch bekämpft wurde. Warum stand Sonzogno gegen Luciani? Hier schürzt sich der Knoten der Tragödie. Sonzogno lebte von seiner Frau getrennt — wohlgemerkt, ich lasse immer nur die Römer sprechen — Luciani, einst der Hausfreund des Ermordeten, hatte das wunderschöne Weib verführt und der betrogene Gemahl mehr als einen Grund, der Candidatur eines solchen Genossen nicht grün zu sein. Luciani fiel durch. Sonzogno, um die Niederlage vollständig zu machen, beschloß, das, wie es scheint, in jeder Beziehung schmutzige Vorleben des Besiegten aufzudecken, und erholte sich zu diesem Zwecke Aufschlüsse bei einem Stiefbrüder desselben, über welchen gleichfalls sehr mißliche Dinge mitgetheilt werden. Diese Publication zu hintertreiben, soll nun Luciani auf den Gedanken gekommen sein, den Widersacher aus dem Wege zu schaffen. Mitglied einer geheimen Gesellschaft, habe er den Partei-Fanatismus eines heißblütigen Trasteveriners zu entfachen gewußt, diesem eine Summe Geldes übermitteln lassen, die ihm nach geschehener That zur Flucht behilflich sein sollte und der Mord wurde vollbracht. Es fehlt natürlich nicht an Leuten, welche den Ursprung des Geldes auf die erwähnte Prinzipessa zurückführen, während Andere genau wissen wollen, daß Luciani, just am Tage des Verbrechens, bei der Banca Romana einen Wechsel von 15,000 Francs discontirt habe, was ihm nur, Dank der Empfehlung eines höheren Bankbeamten, gelungen sei, welch Letzterer gleichfalls unter den Angeklagten sich befinden soll. Allen in dieser flüchtigen Skizze angedeuteten Personen wäre in dem Processe eine Rolle zugetheilt: dem Hauptschuldigen Luciani, seinem Stiefbruder, seinem natürlichen Vater, seiner Geliebten (Weib des Sonzogno), seinem Freunde von der römischen Bank u. s. w. Ob auch der Prinzipessa, davon weiß man nichts zu sagen, und von dem eigentlichen Thäter, dem mysteriösen Wütherich, der den Mordstahl geführt hat, spricht man kaum.

Spanien.

Madrid. [Der Text des Vertrages, den der Kriegsminister Don Alfonso's mit den Vertretern des Prätendenten hinsichtlich der Auswechselung von Kriegsgefangenen abgeschlossen hat,] liegt jetzt in der „Times" vor:

Den gegenseitig gemachten Gefangenen wie auch den Verwundeten werden zunächst die Rechte kriegführender Parteien zugesichert. In den Austausch sollen alle Gefangenen begriffen werden, mit Ausnahme derjenigen, welche Verbrechen begangen haben, die dem gemeinen Recht anheimfallen. Zu den auszutauschenden Gefangenen gehören auch diejenigen, welche nach der Insel Cuba gebracht wurden; beide Theile sind darüber einverstanden, daß dieses Juwel aus der Krone der alten Monarchie auch dem heutigen Spanien erhalten werden soll. Zum Zwecke des Austausches der Gefangenen soll Spanien in drei Zonen getheilt werden, nämlich in diejenige der baskischen Provinzen und Navarra, in Catalonien sowie in Valencia und Aragonien. Die letztere Provinz soll nach dem Gutdünken der Vertragschließenden wiederum getheilt werden. Die den Carlisten abgenommenen Gefangenen in Galizien, Asturien, Leon, Valladolid, Burgos, in der Stadt Miranda am Ebro, Bilbao, Santander u. s. w. sollen auf Kosten der Madrider Regierung an den vorgeschobensten Punkt der carlistischen Linie gebracht werden. Dieser Punkt ist noch näher festzusetzen. Die in Catalonien gemachten carlistischen Gefangenen sollen nach Barcelona oder nach einem anderen noch näher festzusetzenden Punkte gebracht werden. Die in Valencia und Aragonien gemachten Gefangenen sind nach Saragossa und Valencia zu bringen. In dieselbe Stadt kommen auch die auf den Balearen befindlichen Gefangenen. Der carlistische Vertreter verspricht dagegen in Estella oder derjenigen von den Carlisten besetzten Stadt, welche noch zu bezeichnen ist, alle Gefangenen der anderen Partei, welche sich augenblicklich in Navarra und im Baskenlande befinden, zu bringen. Nach Olot oder einem anderen noch festzusetzenden Punkte sollen die in Catalonien befindlichen Gefangenen gebracht werden. Die Gefangenen aus Aragonien und Valencia sind nach einer dritten Stadt zu bringen. Die Verwundeten und das zu den Hospitälern gehörige Personal soll ohne Aequivalent ausgetauscht werden. In Zukunft soll von beiden Seiten die unwandelbare Regel angenommen werden, daß gegen die Gefangenen keine extreme Maßregel ergriffen werden darf, wenn nicht das vorhergehende Einverständniß der anderen Seite oder an seiner Stelle ein Schieds-

gericht einen Ausnahmefall constatirt. Der Austausch der Gefangenen soll nach der Kopfzahl stattfinden; die übrig bleibenden haben in Depots zu verbleiben, bis ein neuer Austausch stattfindet. Indessen können die überzähligen Gefangenen der verschiedenen Zonen untereinander ausgewechselt werden. Der Austausch findet nach dem Range oder nach der folgenden Scala statt: Ein Fähndrich gilt 2 Gemeine, ein Lieutenant 3, ein Kapitän 4, ein Major 6, ein Oberst-Lieutenant 7, ein Oberst 8, ein Brigadecommandeur 10, ein Feldmarschall 12. Alle Gefangenen, welche am Tage des Austausches an dem für denselben in Aussicht genommenen Punkt nicht eintreffen, werden für einen späteren Austausch reservirt. Als Depots für die Gefangenen sollen von beiden Parteien Städte ausersehen werden, die in militärischer Hinsicht nicht von Wichtigkeit sind und als neutral gelten. Der Vertreter der Carlisten soll sich aller derjenigen Freiheiten erfreuen, welche für die Ueberwachung des Austausches nöthig sind. Derselbe kann dieses Vorrecht mit Zustimmung der anderen Seite seinen Vertretern übertragen. Analoge Rechte stehen der Madrider Regierung zu.

Die dem Orden des rothen Kreuzes (Cruz Roja) Angehörigen, welche sich bei der liberalen Armee befinden, sollen wie die Angehörigen des Caridad-Ordens, welcher seinen Sitz im carlistischen Lager hat, so lange sie die Abzeichen ihrer Orden tragen, als unverletzbar frei betrachtet werden. Im Allgemeinen sollen diejenigen Gefangenen zuerst ausgetauscht werden, welche sich am längsten in der Gefangenschaft befinden. Diese Convention wurde durch die Vertreter beider Parteien unterzeichnet.

Großbritannien.

* **London**, 22. März. [Ueber das gestern im Hydepark stattgehabte Feniermeeting und über das für nächsten Montag beabsichtigte Tichborne-Meeting] schreibt man der „K. Z.": Vom Wetter begünstigt — denn wenngleich kalt und rauh, war es trocken —, nahm die angesetzte Demonstration zu Ehren der gefangenen fenischen Brandstifter und Aufrührer außergewöhnlich große Dimensionen an und erfreute sich überhaupt in jeder Beziehung glücklichen Erfolges. Im Trafalgar Square — dem altgewohnten Sammelplatze — fanden sich am Nachmittag gegen zehntausend Personen ein, aus allen ärmeren Stadttheilen zusammenströmend, Männer und Weiber mit grünen Schärpen, Halsbinden, Schleifen, Kleidern und Fahnen mit sinnbildlichen Zeichnungen, jubelnd und singend, an der Spitze eines jeden Zuges — zwölf an der Zahl — eine Blechmusikbande mit mehr Lungenkraft als musikalischem Talent. Gegen halb vier Uhr setzte sich der Zug westwärts nach dem bestimmten Versammlungsort in Bewegung. Vorweg wurde eine gewaltige grüne seidene Fahne getragen, darauf die irische Harfe und die Devise: Gott schütze Irland. Eine zweite Fahne stellte den irischen Schutzheiligen St. Patrick dar, wie er eine Schlange mit Füßen zertritt. Die dazu gehörige bedeutungsvolle Devise lautete: Ireland will regain her own again (Irland wird sein Recht wieder erwerben). Bis der Zug bei Ashley House anlangte, war er zu reichlich 13,000 angeschwollen, und weitere 7000 oder darum gesellten sich im Park hinzu. Bei dem Reformerbaum übernahm Herr Doherty den Vorsitz und eröffnete die Versammlung. Der Zweck derselben war dreifach: einmal wurde die Freigabe der fenischen Gefangenen — der „politischen" Gefangenen, wie sie euphemistisch betitelt werden — verlangt; zweitens sollte den Wählern von Tipperary für ihre zweimalige Wahl John Mitchel's Dank ausgesprochen werden, und drittens galt es, gegen die Erneuerung der irischen Zwangsgesetze Protest einzulegen. Alles dies wurde programmmäßig in approbirtester patriotischer Weise ausgeführt, wie wir es schon so oft haben ausführen sehen. Außer Doherty sprachen noch mehrere Patrioten, deren Reden bei Londoner Irländer-Versammlungen stehende Gerichte sind — Morney, O'Leary, Murray u. s. w. Des vorgestern Morgen um 8 Uhr verstorbenen John Mitchel wurde in ehrender Weise gedacht. Auf Aufforderung des Vorsitzenden entblößte die Versammlung im weiten Kreise die Häupter und blieb etwa eine Minute lang entblößt. Angesichts des trefflichen Erfolges dieser Fenier-Demonstration ist es nicht zu verwundern, daß eine andere Clique — man kann sie jetzt beinahe eine politische Partei nennen — den Hyde Park auf nächsten Montag (Ostermontag) für sich in Beschlag genommen hat. Die beabsichtigenden Demonstranten sind die Anhänger Orton's — oder wie sie ihn noch ferner nennen, Sir Roger Tichborne's — und seines Vertheidigers Dr. Kenealy. An den Veranstaltern wird es nicht liegen, wenn die Demonstration nicht gleich glänzend ausfällt wie die gestrige irische. Ob alle, die sich dazu einfinden, mit Orton und Kenealy sympathisiren oder überhaupt wissen, um was es sich handelt, ist eine andere Frage. Indessen ist es ja Ostermontag, Bankfeiertag, und solche Versammlungen sind für eine gewisse Klasse stets unterhaltend! Es gilt, das Parlament um zwei Dinge anzugehen, einmal um Freilassung des „Sir Roger Tichborne", weiter um Wiederzulassung des Dr. Kenealy zur Advocatur. Namentlich das letztere Anliegen liegt völlig außerhalb des Machtbereichs des Parlaments; selbst wenn es wollte, könnte es die Benchers der Gray's Inn nicht zwingen, den Ausgestoßenen wieder in ihre Mitte aufzunehmen. Das thut indessen nichts. Derartige schwächliche Bedenken sind für Männer wie die Freunde Orton's nicht vorhanden.

[In der Sache der armen verfolgten Protestanten auf der französischen Südsee-Insel Uvea] ist Seitens der London Missionary Society, deren Vorsitzender das Parlaments-Mitglied Kinnaird ist, ein weiterer Schritt geschehen. Eine Deputation der genannten Gesellschaft hatte in dieser Woche eine Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen, Lord Derby, in welcher sie dringend um englische Einmischung bat, damit die Verfolger zur Strafe gezogen und die übrig bleibenden Protestanten wenigstens von nun ab gegen Nachstellung geschützt würden. Lord Derby, der mit der Angelegenheit bereits aus seiner früheren Amtsthätigkeit vertraut ist, erkannte die Begründung der Beschwerde an und sagte auch für den Wiederholungsfall ähnlicher Verfolgungen seine Einmischung zu. Damit ist die Missions-Gesellschaft indessen selbstverständlich nicht zufriedengestellt. Es wäre Englands kaum würdig, von der Forderung der Bestrafung der päpstlichen Mordbrennerbande ganz und gar abzustehen; sollte aber wirklich in Berücksichtigung aller Umstände eine hierauf gerichtete Forderung nicht durchführbar erscheinen, so müßte doch jetzt wenigstens — um in den Worten eines alten Sprüchwortes zu reden — die Stallthür zugemacht werden, ehe das letzte Pferd gestohlen ist, und mit der Einmischung nicht gewartet werden, bis auch die letzte protestantische Hütte verbrannt und der letzte Protestant ermordet ist. Lord Derby hat also keineswegs das letzte Wort gehört. Die Bewegung zu Gunsten der uveaner Protestanten nimmt an Umfang und Kraft täglich zu. Man ist mittlerweile mit Ordnung des Materials beschäftigt, um die Vorstellungen nöthigenfalls im Parlament weiter zu führen. Zu den gesammelten Schriftstücken gehört auch unter Anderm eine Wiedergabe deutscher Meinungsäußerungen, die in mehreren englischen Blättern veröffentlicht wurden. Ein thatkräftige Einmischung Englands würde um so mehr am Platze sein, als die Ausübung derartiger päpstlicher Greuel in den überseeischen Ländern überhand nimmt. Nach dem Berichte des Rev. M. N. Hutchinson, dem Superintendenten der presbyterianischen Mission in Central- und Süd-Mexico, ist daselbst, in Acapulco, am 26. Januar ein scheußlicher Anfall auf eine kleine, in ihrem Bethause versammelte protestantische Gemeinde gemacht worden. Einige Indianer kamen anscheinend ganz friedlich in das Haus während des Gottesdienstes hinein; plötzlich aber zog einer derselben ein verborgen gehaltenes Beil hervor, und führte damit unter den Geschrei: Nieder mit den Protestanten, hoch die Katholiken! einen Hieb nach Sennor Diaz, Herausgeber einer Zeitung und Mitglied des Staats-Congresses. Sofort drangen eine größere Anzahl, die vor der Thür geharrt hatten, ein und griffen die Protestanten mit Beilen und Schießwaffen an. Einige der zum Gottesdienst Versammelten wurden getödtet, mehrere verwundet. Dieselben, die theilweise bewaffnet waren, wehrten sich so gut sie konnten, bis die Garnison herankam und fünfzig der Angreifer gefangen nahm, während die übrigen in die Berge entkamen. Der unfehlbare Stellvertreter Gottes auf Erden, welcher, wie ein englisches Blatt sagt, „fortwährend auf der weiten Erdenrunde nach einem Gegenstande seiner Verfluchung umherspäht", wird diese Greuel natürlich eben so wenig wie jene auf Uvea auch nur leise mißbilligen. Um so mehr ist es die Pflicht einer jeden weltlichen Gewalt, überall, wo ihr Arm nur einiger Maßen mittelbar oder unmittelbar hinreicht, gegen solche Bestialitäten aufzutreten. Die streitende Papstkirche scheint übrigens auch noch höhere Ziele im Auge zu haben, als derlei vereinzelte Scheußlichkeiten. Aus den Vorgängen der Kriegsjahre 1870—71 werden sich deutsche Leser erinnern, daß im englischen Parlament eine Ergänzung der Foreign Enlistmeut Act beschlossen wurde, um die Neutralitätspflichten Englands und seiner Colonien genauer festzustellen. Die Acte verbietet die Anwerbung von Rekruten für auswärtige Mächte. Auch für Canada ist sie selbstverständlich bindend. Doch hat die canadische Regierung — jedenfalls Angesichts neuerer Vorkommnisse in ihrem Gebiet — gefunden, daß die Bestimmungen nicht weit genug gehen und daher durch den Justizminister Fournier ein Nachtragsgesetz einbringen lassen, welches die Bestimmungen namhaft verschärft. Es muß auffallen, daß diese Maßnahme gerade bei der ziemlich zahlreichen katholischen, oder richtiger ultramontanen Bevölkerung ganz merkwürdige Entrüstung hervorgerufen hat. Diese Partei hat sehr entschieden gegen die Vorlage Stellung genommen. Die Union Allot of Pontifical Zouaves hat dagegen einen förmlichen Protest erlassen unter Anführung des Grundes, daß das Gesetz für die Zukunft die Anwerbung von Truppen zum päpstlichen Dienst unmöglich macht. Das ist wenigstens ein offenes Geständniß. Die Sache wird voraussichtlich auch hier zu Lande zur Sprache gebracht werden, denn die Union Allot ist eine der Verbindungen, welche Sir G. Bowyer vor einigen Wochen ausdrücklich als Cartelverein der hiesigen Liga des heiligen Sebastian bezeichnete. Es wird eine Interpellation im Parlament beabsichtigt unter Berufung darauf, daß die Ziele der beiden Gesellschaften zugestandenermaßen dieselben sind, also die Sebastiansliga allem Anschein nach die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes anstrebt.

[Der Raubanfall bei Galatz.] Die Regierung wurde am 19. d. M. im Unterhause über die am 7. Februar bei Galatz erfolgte Mißhandlung und Beraubung des englischen Ehepaares Dodsham befragt. Die Dodshams wurden auf einem Spaziergange von etwa zwölf Männern überfallen, ausgeplündert und halbnackt im Schnee an Bäume gebunden. Sie wären vermuthlich in der Kälte umgekommen, wäre es nicht Mrs. Dodsham gelungen, erst sich und dann ihren Gatten loszumachen. Der Unterstaatssecretär Bourke versprach, daß der Frevel nicht ungeahndet bleiben solle. Der englische Consular-Agent in Bukarest habe schon Auftrag zur Verfolgung der Sache bei der rumänischen Regierung. Die Polizei in London hat übrigens das Cigarren-Etui und den Ueberrock aufgespürt, deren Dodsham vor einem Monate in Rumänien beraubt wurde. Ein kürzlich von Galatz hierher gekommener Jude, Namens Lubitz Goldberg, wurde hier als Taschendieb verhaftet und in seinem Besitze fanden sich die obengenannten Gegenstände, wahrscheinlich dieselben, welche Herrn Dodsham in Galatz gewaltsamer Weise abgenommen wurden.

[Einweihung.] Im nächsten Monat wird in Canterbury eine neue, dem heil. Thomas geweihte katholische Kirche mit großem Pomp eröffnet werden. Cardinal Manning wird die Einweihungs-Predigt halten. Der Cardinal-Erzbischof von Rouen, der Erzbischof von Rheims nebst anderen hohen Prälaten und den Häuptern der katholischen Adelshäuser sind dazu eingeladen.

[Striker und Armengesetz.] Die Grubenbesitzer in Pembrokeshire haben mit ihren Arbeitern, welche nicht in die angekündigte Lohnherabsetzung um 10% einwilligen wollen, kurzen Proceß gemacht, nämlich den Grubenbetrieb einfach eingestellt. Die Herabsetzung hätte den Lohnsatz auf denselben Fuß gebracht, wie in den Nachbargrafschaften. In Pembrokeshire hat er sich bisher noch aus der theuern Zeit her hoch erhalten. Die Aussperrung betrifft nicht wie vorgestern gemeldet wurde, 2000, sondern 20000 Leute. Gespannt darf man auf das neueste Manöver der Ortsbehörden in den Strikegegenden sein, welches von dem Armeninspector Doyle eingegeben ist. Von Anfang an thaten sich die Arbeiter auf den vermeintlichen Vortheil etwas zu Gute, daß, wenn es zum Schlimmsten käme, sie von den Gemeinden erhalten werden müßten. Sie glauben auf Grund dieses Rückhalts getrost trotzen zu können. Augenblicklich fallen eine große Menge unbeschäftigter Arbeiter auf diese Weise den Gemeinden zur Last. Für die Gemeindemitglieder, meist Leute, die an der Aussperrung nicht die geringste Schuld tragen, ist das eine drückende Härte. Herr Doyle hat nun aber im Armengesetz gefunden, daß die Unterstützung bedürftiger Leute keineswegs unbedingte Pflicht der Gemeinden ist. Die Gemeinden müssen die Leute unterstützen, wenn sie schlechterdings keine Arbeit zu finden vermögen; wird ihnen indessen Arbeit zu einem bestimmten Lohn angeboten, der zum Unterhalte, wenn auch nur eben ausreicht (nach Armenhausbegriffen), so fällt für arbeitsfähige Leute das Recht auf Gemeindeunterstützung weg. Dieser Ausweg soll nun versucht werden. Die Armenbehörde in Merthyr hat die benachbarten großen Grund- (und Gruben-) Besitzer befragt, ob sie den arbeitslosen Arbeitern genügende Beschäftigung zu geben bereit sind, um den Anspruch auf Armenunterstützung hinfällig zu machen. Es wird eine bejahende Antwort erwartet. Dann ist die Gemeinde die arbeitsfähigen Leute los; entweder sie müssen arbeiten oder sie müssen hungern. Dringen die Behörden mit dieser Auslegung des Gesetzes in Merthyr durch, so wird dieselbe auch anderwärts angewandt werden. Man darf dies nicht etwa als ein Manöver der Grundherren ansehen; es geht nicht von ihnen, sondern von den Gemeindemitgliedern aus, welche ganz unschuldiger Weise in den Zwiespalt hineingezogen werden, um zu bezahlen. Außerdem wäre eine solche Anwendung des Gesetzes entschieden vernunftgemäßer und sittlicher als die, wonach den widerspenstigen Arbeitern ein unbedingtes Recht auf den Seckel ihrer Gemeindegenossen zustände. Als ein Hülfsmittel für die Arbeiter in ihren Streitigkeiten mit den Arbeitsherren ist das Armengesetz nie beabsichtigt worden.

Provinzial-Zeitung.

H. **Breslau**, 24. März. [Kindergarten-Verein] Auch für die Bildungsanstalten des Kindergarten-Vereins hat das nahende Osterfest den Jahresabschluß gebracht und es darf nach den Resultaten, welche der Verein durch die veranstalteten Prüfungen in den Kindergärten, in den Elementarklassen und in dem Seminare zur Ausbildung von Kindergärtnerinnen geboten, die Wirksamkeit des Vorstandes, wie der Kindergärtnerinnen und der Lehrkräfte des Seminars, als eine von dem günstigsten Erfolge begleitete bezeichnet werden. Wenn auch der noch nicht geendete Winter während seiner rauhesten Tage wohl die Kindergärten etwas lichtete und entstandene Krankheiten bei einzelnen Kleinen ein längeres Fehlen in denselben herbeiführte, bei dem Schlusse des Winterhalbjahrs stellten sich kaum irgend welche Lücken in den Plätzen dar und die Kinder erwiesen sich als so munter, in ihren Beschäftigungen und Spielen so heimisch, ihre ausgelegten kleinen Arbeiten waren so wunderniedlich, daß nur ein Urtheil, das der vollsten Anerkennung, diesen Leistungen zu Theil wurde. Auch in den Elementarklassen, in welchen die Verbindung zwischen Kindergarten und Schule hergestellt wird, zeigten sich die in sie aufgenommenen herangewachseneren Kinder nach halbjährigem Cursus im Lesen, Rechnen, Schreiben, Zeichnen bereits wacker vorgeschritten. Welchen segensreichen Einfluß auf die Verbreitung einer naturgemäßen Erziehung nach dem von Fr. Fröbel geschaffenen System der Verein seit Jahren ausübt, haben wir schon früher dargelegt. Bei der diesjährigen Entlassungsprüfung der Seminaristinnen handelte es sich zum ersten Male darum, die Resultate des in seinen Zielen wesentlich erhöhten und auf ein Jahr ausgedehnten Seminarcurses darzuthun und wir wünschen dem Verein Glück, daß durch den Eifer der Lehrenden, wie der Fleiß der Lernenden eine so große Zahl ganz vorzüglicher Kindergärtnerinnen ausgebildet worden ist. Dieselben haben, wie wir erfahren, bereits sämmtlich ihren Wünschen entsprechende Stellungen erhalten. Die Aufnahme-Prüfung für die neu eintretenden Seminaristinnen findet am 3. April, Nachmittag von 2 Uhr ab in der Töchterschule auf der Taschenstraße statt. Nebenher geht die Prüfung des Untercursus, welcher das erste Halbjahr des Seminars durchgemacht. In den Kindergärten beginnt der neue Cursus am 1. April, in den Elementarklassen am 5. April. Anmeldungen für letztere sind in den Kindergärten anzubringen. Wesentlich fördernd für die einheitliche Gestaltung sämmtlicher Kindergärten des Vereins wird die Anstellung einer Inspiratin sein, als welche gestern Fräulein Saur vor versammeltem Vorstande den Kindergärtnerinnen vorgestellt wurde.

△ **Breslau**, 23. März. [Humboldtverein: Monatsversammlung.] Die gestrige Versammlung wurde von dem Vorsitzenden, Herrn Professor Dr. Carstädt, mit Mittheilungen eröffnet, aus denen wir die Erinnerung an die Mitglieder hervorheben, daß den Statuten gemäß Anträge, welche in der im künftigen Monat abzuhaltenden Generalversammlung des Vereins zur Verhandlung und Abstimmung gebracht werden sollen, dem Vorstand 4 Wochen vor Stattfinden der Versammlung schriftlich eingereicht werden müssen. Die Sonntag-Vormittagsvorträge im Musiksaale sind mit dem am 14. März gehaltenen des Herrn Dr. phil. Korn beendet, ebenso die „cyclischen Vorlesungen" in der Fortbildungsschule. Der Antrag und die dahingehende Absicht des Vorstandes, den diesjährigen Jahresbericht mit einer wissenschaftlichen Abhandlung auszustatten, hat nicht ausgeführt werden können, da eine solche Abhandlung nicht erlangt wurde. Daran schlossen sich noch Mittheilungen über die Wahl der Kassenrevisions-Commission. Auf der Tagesordnung stand ferner die Beschlußfassung über die in der letzten Monats- und Ausschußversammlung zur Erörterung gekommene Angelegenheit des aus seiner Stellung als Wanderlehrer der „Berliner Gesellschaft für Volksbildung" entlassenen Dr. A. Lindwurm. Auf Antrag des Herrn Stadtrath Hüllebrand wurde diese Angelegenheit bis nach Anhörung des angekündigten Vortrags des Herrn Dr. Pernet vertagt, der nun das Wort zu seinen Auseinandersetzungen über Wetterprophezeiungen erhielt, worin er auf die Unzuverlässigkeit unserer meteorologischen Kenntniß und die Abhängigkeit unserer ganzen Existenz von den Witterungszuständen 2c. hinwies und an die Unsicherheit der betreffenden Vorhersagungen von Bauern, Jägern u. s. w. erinnerte, namentlich soweit sie sich an den Mond knüpfen, der in dieser Hinsicht wirkungslos sei. Hauptsächlich sei hier der Einfluß der Sonnenwärme ins Auge zu fassen und die Stellung unserer Erde zu derselben. In seiner längeren Auseinandersetzung behandelte Herr Dr. Pernet den Einfluß der Winde und der Strömungen des Wassers, die Dowe'schen Gesetze, die Störungen und Wirbel und die Strömungen der warmen und kalten Luft, wie die Feuchtigkeitsverhältnisse der Luft und die auf den Barometer bezüglichen Gesetze und die andern zur Beobachtung des Wetters ersundenen Instrumente. Auch wies er darauf hin, daß Wetterprophezeiungen sehr oft localen Einflüssen unterliegen und beantragte die Herausgabe eines Kalenders des Humboldtvereins, der die alten, noch oft zu Unrecht benutzten Kalender, z. B. den 100jährigen, zu ersetzen bestimmt wäre. Der Vorsitzende erinnerte daran, daß ja die „Berliner Gesellschaft für Verbreitung der Volksbildung" einen Kalender nach den von Herrn Dr. Pernet angegebenen Principien herausgebe, aber noch wenig Anklang finde, er versprach jedoch, dem Ausschuß den bezüglichen Antrag vorzulegen. Dann wurde zu der Dr. Lindwurm'schen Angelegenheit übergegangen, in welcher das Ausschußmitglied, Herr Kaufmann Adam, das Wort ergriff und den Angegriffenen vertheidigte. Es wurde ein Antrag auf Tagesordnung angenommen.

[Aus Hermsdorf] wird uns geschrieben: „Nachdem seit Sonnabend anhaltendes Schneetreiben war, bei kaltem Nordwind, und das Thermometer früh 7—8 Grad unter 0 stand, ist heute, den 24., der Himmel wieder freundlich. Das Hochgebirge ist jetzt so winterlich, als es sonst im Januar so zu sein pflegt. Allen Denen, welche noch Lust haben, eine Rutschpartie nach der Petersbaude zu machen, ist jetzt die Möglichkeit geworden, und wenn nicht plötzliches Thauwetter eintritt, wären die kommenden Feiertage besonders dazu zu empfehlen. Kibitzen, Bachstelzen und viele andere Singvögel waren schon am 14. d. hier sichtbar."

⊙ **Trebnitz**, 23. März. [Des Kaisers Geburtstag. — Unglücksfall.] Der Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers wurde auch hierorts an drei hintereinander folgenden Tagen gefeiert. Am 20. d. M. fand in Feiges festlich geschmücktem Saale ein Diner statt, an welchem sich über 70 Personen aus Stadt und Land betheiligten und wobei Herr General v. Walther-Cronegk den Toast auf unsern Heldenkaiser ausbrachte. Im Theater kam nach einem von Fräulein Hentschel gesprochenen, stürmischen Beifall hervorrufenden Prologe „Die Tochter des Regiments" zur wohlgelungenen Aufführung. Am 21. fand in der evang. Kirche, sowie in der hiesigen Synagoge feierlicher Dankgottesdienst statt und gab Herr Pastor Conrad in Liturgie und Predigt den patriotischen Gefühlen entsprechenden Ausdruck. In der kathol. Kirche wurde am 22. ein Hochamt celebrirt und in allen Schulen fand die übliche, in patriotischen Ansprachen, entsprechenden Gesängen und Declamationen bestehende Feier statt. — Auch erhielten eine große Anzahl Veteranen des hiesigen Kreises aus den dem Kreis-Commissariate vom Nationaldank für Veteranen zu Gebote stehenden Mitteln Unterstützungen in Höhe von 6—18 Mark. — Denselben Tag haben wir leider auch von einem, hier große Sensation hervorgerufenen Unglücksfalle zu berichten. Der sehr geachtete Braumeister der Müller'schen Brauerei war in Folge einer durch Einbrechen auf dem Eise entstandenen heftigen Erkältung in ein hitziges Fieber verfallen und in diesem schoß er sich, — nur einen Augenblick ohne Aufsicht gelassen, — mit einem über seinem Bette hängenden, glücklicherweise nur schwach geladenen Revolver eine Kugel in den Kopf. Der Beklagenswerthe wurde sofort im hiesigen Malteser-Krankenhause untergebracht. Doch wird von den ihn behandelnden Aerzten an seinem Wiederaufkommen nicht ganz gezweifelt.

△ **Ohlau**, 23. März. [Abiturienten-Examen. — Zur Statistik des Gymnasiums.] Der am 16. d. M. unter Vorsitz des Königlichen Geheimen Regierungs- und Schulrath Herrn Dr. Dillenburger abgehaltenen Abiturientenprüfung — der dritten an unserem Gymnasium — unterzogen sich neun Oberprimaner. Von ihnen erhielten acht das Zeugniß der Universitätsreife. Zwei derselben werden Medicin, einer die Rechte, einer Naturwissenschaften studiren; zwei gehen zur Post, einer zum Bergfach und einer widmet sich dem Militärdienst. — Das gestern ausgegebene Osterprogramm enthält eine vom Gymnasiallehrer Dr. Krebs geschriebene Abhandlung: „Zur Geschichte der kurpfälzischen Politik am Beginn des dreißigjährigen Krieges" und die vom Director Dr. Kirchner verfaßten Schulnachrichten, aus welchen in Bezug auf Zunahme der Frequenz und innere Entwickelung der jungen Anstalt recht Erfreuliches ersichtlich ist. Bereits zu Beginn des abgelaufenen Schuljahres war wegen Ueberfüllung der Tertia eine Theilung dieser Klasse nöthig geworden; eine neue Lehrerstelle wurde deshalb errichtet und für dieselbe der Lehrer am Gymnasium zu Wohlau Dr. W. Gemoll berufen, welcher mit Beginn des Wintersemesters sein Amt hier antrat. Die Zahl der Schüler in den sieben Gymnasialklassen betrug am Schluß des Semesters 250 und zwar in Prima 26, in Secunda 35, in Obertertia 21, in Untertertia 37, in Quarta 35, in Quinta 54 und in Sexta 42; davon sind 148 Einheimische und 102 Auswärtige. Der Confession nach waren 167 Evangelische, 5 Altlutheraner, 50 Katholiken, 27 Juden und 1 Dissident. Die beiden Klassen der Vorschule wurden von 63 Schülern besucht. Die Prüfung neueintretender Schüler findet am 7. April statt; der Beginn der Lectionen am 8. April. Dem Vernehmen nach sind bereits mehrfache Anmeldungen neuer Schüler auch von auswärts erfolgt.

H. **Oppeln**, 24. März. [Nochmals Königs Geburtstag.] Zu dem Referate Ihres ständigen Herrn Correspondenten über die Feier des Geburtstages Sr. Majestät gestatten Sie mir wohl noch die kurze illustrative Bemerkung, daß zur Freude aller Patrioten an dem Festdiner im Form'schen Saale eine beträchtliche Anzahl katholischer Geistlichen aus der Umgegend von Oppeln sich betheiligte. Um so mehr mußte es dagegen auffallen, daß von der hiesigen katholischen Pfarrgeistlichkeit auch nicht Einer sich bewogen fühlte, der Festlichkeit in der von Alters her gewohnten Weise beizuwohnen.

=ch.= **Oppeln**, 24. März. [Freiwilligen-Examen. — Winter-Turnhalle. — H. Pringsheim †] Die Prüfung der Aspiranten für den einjährigen freiwilligen Militärdienst nahm diesmal wegen der dazwischen fallenden Feier des königlichen Geburtsfestes die Tage des 18., 19. und 23. d. Mts. in Anspruch. Von 20 Examinanden konnten nur 12 für reif erklärt werden. — Seitens des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten ist genehmigt worden, daß auf dem zwischen dem hiesigen Gymnasium und der benachbarten Curatialkirche gelegenen, dem Gymnasium gehörigen Platze eine Winter-Turnhalle für die Schüler dieser Anstalt errichtet werde und sind bereits die Einleitungen getroffen, um den Bau möglichst bald in Angriff nehmen zu können. Hoffentlich läßt sich dessen Ausführung derart beschleunigen, daß die Turnhalle schon bei Eintritt des nächsten Winters in Gebrauch genommen und die mit mannigfachen Unzuträglichkeiten verknüpfte Benutzung der gegenwärtigen Turnhalle während des Winters vermieden werden kann. — Das gestern Abend gegen 9 Uhr nach längeren Leiden erfolgte Ableben des hiesigen Brauereibesitzers Herrn H. Pringsheim ruft in den weitesten Kreisen der hiesigen Einwohnerschaft die gerechteste Trauer hervor. Der Dahingeschiedene war ein Mensch und Mann in des Wortes bester Bedeutung; allezeit bereit zu rathen und zu helfen mit seinen reichen Erfahrungen, mit Herz und Hand, wie dem Gemeinwesen, so jedem Einzelnen, der sich an ihn wendete. Unvergängliche Ehre seinem Andenken!

Berlin, 24. März. Der Verkehr entfaltete sich nur träge und schwerfällig und zeigte im Ganzen auch nur eine mäßige Festigkeit, in einzelnen Fällen gelangte selbst eine matte Haltung zum Ausdruck. Dies war vorzugsweise für Oesterr. Creditactien der Fall. So wenig nun aber auch die knappen und kahlen Zahlen einer Bilanz überhaupt geeignet erscheinen, abfälligen Urtheilen zur Basis dienen zu können, um so weniger hätten die telegraphisch gemeldeten einzelnen Zahlenangaben über die Bilanz der Creditanstalt hierzu veranlassen dürfen. Unsere Börse folgte hierbei auch wohl mehr dem Eindrucke, den die Wiener Coursdepeschen, welche einen allerdings nur unbedeutenden Rückgang der Creditactien anzeigten. Die Contremine benutzte die sich darbietende willkommene Gelegenheit, den Cours zu drücken und meldete auf diese Weise wiederum die Differenz des jetzigen Standes zu dem von Anfang des Monats. Das Regulirungsgeschäft nimmt seinen ruhigen Fortgang, die Deportsätze stellen sich billiger. Es bedangen Credit M. 1,00—80 Dep., Lomb. 0,70 Dep., Franz. 0,70—60 Dep., Command. glatt bis 1‰ Rep., Union ¼—⅓ Dep., Laura glatt. Von den internationalen Speculationspapieren waren, wie bereits erwähnt, Oesterr. Creditactien matt und schließen 4—5 M. unter ihrer gestrigen Schlußnotiz, Oesterr. Staatsbahn zeigte sich dagegen fest und ebenso behaupteten Lomb. unter geringfügigen Schwankungen ihr gestriges Coursniveau. Die Umsätze entbehrten nicht

gerade einiger Regsamkeit, wozu schon die mannigfachen, durch das Ultimogeschäft bedingten Transactionen hinreichend Veranlassung geboten hatten. Die localen Speculationseffecten betheiligten sich nur wenig am Verkehr. Disc.-Commandit 167, ult. 167¾—8¼—67¼, Dortmund 25,90, ult. 26, Laura 113½, ult. 114—12¾—13¼. Die österr. Nebenbahnen blieben fast ganz ohne Verkehr und hielten sich daher auch meist unverändert, Galizier und österr. Nordwestbahn verfielen in ausgesprochene Mattheit. Auf dem Gebiete für ausländische Staatsanleihen änderten sich die Course nur sehr wenig, da die effectuirten Umsätze sich vollständig belanglos erwiesen. Oesterr. Renten und Loose sehr ruhig, Italiener und Türken schwach, Amerikaner ganz geschäftslos. Russische Werthe beliebter, namentlich zogen Bahnen bei flottem Verkehr an. Preußische Fonds gingen etwas reger um und waren, wie überhaupt auch andere deutsche Staatspapiere recht fest. Das Prioritäten-Geschäft gewann keine Bedeutung, von preuß. Devis. waren Berg. 3½ u. 4½ % in Posten gesucht, Halle-Sorau dagegen offerirt. Albrechtbahn notirt höher und für Russische Prioritäten macht sich fortdauernde Nachfrage bemerkbar, die aber keineswegs in dem wenigen disponiblen Material genügende Deckung findet. Auf dem Eisenbahnactienmarkte war die Stimmung nicht fest, die rheinisch-westphälischen Speculations-Devisen wurden zu etwas gewichenen Coursen ziemlich lebhaft gehandelt, andere schwere Bahnen blieben meist unbeachtet, Rumänen schwach, Halle-Sorauer weichend, Grajewo, Ostpreuß. Südbahn, Nahebahn anziehend und rege. Bankactien sehr ruhig aber fest, Berl. Handelsgesellschaft gefragt, Meininger steigend, Danziger Bankverein lebhaft, desgl. Luxemburger, Geraer, Amsterdamer und Braunschweiger Hypothekenbank. Geraer Credit konnte sich nicht gut behaupten. Industriepapiere meist ganz geschäftslos, Flora gedrückt, Bauverein Königstadt belebt, Pferdebahn und Droschken fest und lebhaft, Norddeutsche Eisenbahnbedarf höher, Berl. Eisenbahnbedarf nachlassend, Baltischer Lloyd in regerem Verkehr. Montanwerthe still, meist wenig fest. — Um 2½ Uhr: Credit 427, 50, Lombarden 251, 50, Franzosen 560, Disconto-Commandit 168, 50, Dortmunder Union 26, 00, Laura 113, 25. (Bank- u. H.-Z.)

[Breslau-Schweidnitz-Freiburger Bahn.] In der vorgestrigen Sitzung des Verwaltungsrathes wurde, wie bereits mitgetheilt, die Dividende für 1874 auf 7½ Procent festgesetzt und beschlossen, bei der Regierung die Genehmigung nachzusuchen, für den Fertigbau bis Stettin die noch lagernden 4,250,000 Thlr. Stamm-Actien in 4½-procentige Prioritäten umzuschreiben.

Berlin, 24 März. [Productenbericht.] Unter dem Einfluß des etwas milderen Wetters war die Stimmung für Roggen heute sehr matt und Preise mußten etwa 1 Mk. gegen gestern nachgeben. — Roggenmehl unverändert — Weizen bei stillem Geschäft sehr matt und Preise zu Gunsten der Käufer. — Hafer loco schwer verkäuflich; Termine niedriger. — — Rüböl in Folge des Wetters sehr flau und niedriger. — Spiritus konnte sich nicht voll im Werthe behaupten und hat von dem gestrigen Aufschwung wieder etwas verloren.

Weizen loco 162—198 Rchmk. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, feiner weißbunter märkischer 192½ Rchmk. ab Bahn bezahlt, pr. März — Rchmk. bez., pr. März-April — Rchmk. bez., pr. April-Mai 182½—182 Rchmk. bez., pr. Mai-Juni 184½—184 Rchmk. bez., pr. Juni-Juli 187—186½ Rchmk. bez., pr. Juli-August 188—187½ Rchmk. bez., pr. September-October 192 Rchmk. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Rchmk. — Roggen pro 1000 Kilo. loco 145—160 Rchmk. nach Qualität gefordert, russischer 144—151½ Rchmk. bez., ordinärer russischer — Rchmk. bez., inländischer 152—159 Rchmk. ab Bahn bez., geringer inländischer — Rchmk. bez., defecter russischer — Rchmk. bez., pr. März 150 Rchmk. nom., pr. März-April 150 Rchmk. nom., pr. Frühjahr 149—148¼ Rchmk. bez., pr. Mai- 145½—145 Rchmk. bez., pr. Juni-Juli 145—147½ Rchmk. bez., pr. Juli-August 145—144½ Rchmk. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Rchmk. — Gerste loco 145—160 Rchmk. nach Qualität gefordert — Hafer loco 158—187 Rchmk. nach Qualität gefordert, ostpreußischer 162—172 Rchmk. bez., westpreußischer 162—172 Rchmk. bez., russischer 172 Rchmk. bez., ungarischer und galizischer 156—164 Rchmk. bez., märkischer 176—181 Rchmk. ab Bahn bez., mecklenburger 176—181 Rchmk. bez., ordinärer russischer — Rchmk. bez., pr. März-April — Rchmk. bez., pr. Frühjahr 171—170½ Rchmk. bez., pr. Mai-Juni 163½ Rchmk. bez., pr. Juni-Juli 162½ Rchmk. bez., pr. Juli-August 158 Rchmk. nom. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Rchmk. — Erbsen: Kochwaare 183—23 Rchmk., Futterwaare 167—173 Rchmk. — Weizenmehl Nr. 0 pr. 100 Kilo. Br. unversteuert incl. Sack 25,75—24,75 Rchmk., Nr. 0 und 1 24,50—23 Rchmk. — Roggenmehl Nr. 0 23,00—22,00 Rchmk., Nr. 0 und 1 21,00—20,00 Rchmk. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. März 20,85 Rchmk. bez., pr. März-April 20,85 Rchmk. bez., pr. April-Mai 20,90 Rchmk. bez., pr. Mai-Juni 20,90 Rchmk. bez., pr. Juni-Juli 20,90 Rchmk. bez., pr. Juli-August 20,90 Rchmk. bez., pr. September-October — Rchmk. bez. — Gekündigt 1000 Ctnr. Kündigungspreis 20,90 Rchmk. — Oelsaaten: Raps — Rchmk., Rübsen — Rchmk. nach Qualität. Rüböl per 100 Kilogr. loco 54 Rchmk. bez., mit Faß — Rchmk. bez., pr. März 55,5—55,2 Rchmk. bez., pr. März-April 55,5—55,2 Rchmk. bez., pr. April-Mai 55,5— Rchmk. bez., pr. Mai-Juni 56,5—56,3 Rchmk. bez., pr. Juni-Juli — Rchmk. bez., pr. Juli-August — Rchmk. bez., pr. September-October 60—59,5 Rchmk. bez., pr. October-November 60—59,8 Rchmk. bez., pr. November-December — Rchmk. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Rchmk. — Leinöl loco 60 Rchmk. bez. — Petroleum per 100 Kilo incl. Faß loco 30 Rchmk. bez., pr. März 28 Rchmk. bez., pr. März-April 27 Rchmk. bez., pr. April-Mai 26—25,8 Rchmk. bez., pr. Mai-Juni — Rchmk. bez., pr. Juni-Juli — Rchmk. bez., pr. Juli-August — Rchmk. bez., pr. September-October 27 Rchmk. Br. — Gekündigt — Barrels. Kündigungspreis — Rchmk.

Spiritus per 10,000 Liter loco „ohne Faß" 57,3—57,1 Rchmk. bez., „mit Faß" pr. März 58,8 Rchmk. nom., pr. März-April 58,8 Rchmk. nom., pr. April-Mai 59,6—59,3 Rchmk. bez., pr. Mai-Juni 59,5—59,3 Rchmk. bez., pr. Juni-Juli 59,9—59,8 Rchmk. bez., pr. Juli-August 60,9—60,7 Rchmk. bez., pr. August-September 61,3—61 Rchmk. bez., pr. September-October — Rchmk. bez. — Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Rchmk.

* **Breslau**, 25. März, 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war für Getreide ruhiger, bei mäßigem Angebot und unveränderten Preisen.

Weizen, nur feine Qualitäten beachtet, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 15 bis 17,20—19,40 Mark, gelber 15,20—17—18,10 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, bei schwachem Angebot preishaltend, pr. 100 Kilogr. 13,60 bis 15 bis 15,30 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 13—14,50 Mark, weiße 14,80 bis 16 Mark.

Hafer mehr offerirt, per 100 Kilogr. 14,40—15,10 bis 16,80 Mark, feinster über Notiz.

Mais behauptet, per 100 Kilogr. 14,20—14,50 Mark.

Erbsen unverändert, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen schwach gefragt, per 100 Kilogr. 21—21,75—22,50 Mark.

Lupinen unverändert, pr. 100 Kilogr. gelbe 14,70—15,50 Mark, blaue 14—15 Mark.

Wicken mehr offerirt, per 100 Kilogr. 17—18—20 Mark.

Oelsaaten in fester Haltung.

Schlaglein preishaltend.

Per 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	25	24	75	22	50
Winterraps	25	50	24	50	23	40
Winterrübsen	25	—	24	10	23	60
Sommerrübsen	24	75	23	25	22	50
Leindotter	23	75	22	25	21	75

Rapskuchen gut verkäuflich, pr. 50 Kilogr. 8—8,20 Mark.

Leinkuchen preishaltend, pr. 50 Kilogr. 10—10,50 Mark.

Kleesamen, — rother unverändert, pr. 50 Kilogr. 47—51—54 Mark, weißer gut verkäuflich, pr. 50 Kilogr. 54—57—68 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee mehr offerirt, pr. 50 Kilogr. 28—31,50—35 Mark.

Mehl in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 25,25—25,75 Mark, Roggen fein 23,75—24,75 Mark, Hausbacken 20,50—22,75 Mark, Roggen-Futtermehl 11,50—12,25 Mark, Weizenkleie 9—9,25 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 24. 25.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	334‴,19	334‴,68	334‴,78
Luftwärme	— 3°,3	— 5°,3	— 6°,1
Dunstdruck	0‴,98	1‴,06	1‴,01
Dunstsättigung	67 pCt.	88 pCt.	89 pCt.
Wind	NW. 0	NO. 1	S. 1
Wetter	wolkig.	heiter.	wolkig.

Breslau, 25. März. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 22 Cm. U.-P. — M. 70 Cm.

Berliner Börse vom 24. März 1875.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3½	175,60 bz
do. do.	2 M.	3½	174,60 bz
Augsburg 100 Fl.	2 M.	4	— —
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	4	— —
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	4½	— —
London 1 Lst.	3 M.	3½	20,43,5 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	4	81,60 B
Petersburg 100 SR.	3 M.	5½	279,30 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	5½	281,50 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	183,20 bz
do. do.	2 M.	4½	182,10 G

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	— —
Staats-Anl. 4½%ige	4½	— —
do. consolid.	4½	105,60 bz
do. 4%ige.	4	99,30 bz
Staats-Schuldscheine.	3½	91 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	138 B
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,40 bzB
Kentenbriefe, Prandbr. Berliner	4½	101,90 bz
Pommersche	3½	86,75 bz
Posensche	4	94,40 bz
Schlesische	3½	86 bz
Kur- u. Neumärk.	4	97,75 bzB
Pommersche	4	97 G
Posensche.	4	96,50 bzG
Preussische	4	97,10 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	98,60 bz
Sächsische	4	97,20 bz
Schlesische	4	96,80 bz
Badische Präm.-Anl.	4	121,50 bzG
Baierische 4% Anleihe	4	120,25 bzG
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	109,25 bzB

Kurh. 40 Thlr.-Loose 239,50 B
Badische 35 Fl.-Loose 124 B
Braunschw. Präm.-Anleihe 74,40 bzG
Oldenburger Loose 132 B

Louisd. — — d. —	Fremd. Bkn. 99,80 bz
Ducaten 9,63 G	Oest. Bkn. 183,65 bz
Sover. 20,50 G	do. Silbrgld. — —
Napoleons 16.32 bz	do. ¼-Guld. — —
Imperials 16,80 bz	Russ. Bkn. 282.70 bz
Dollars 4,19 G	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial Obl.	5	102,80 bzG
Unkb. Pfb. d. Pr. Hyp.-B	4½	100,50 bz
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfb	4½	95,75 bz
Kündbr. Cent.-Bod. Cr.	4½	100,10 bz
Unkünd. do. (1872)	5	102,60 bz
do. rückbz. à 110	5	106,30 bz
do. do. do.	4½	99,60 bz
Unk. H. d. Pr. Bd. Crd.-B.	5	103 G
do. III. Em. do.	5	101 bzG
Kündb. Hyp.-Schuld. do.	5	99,60 G
Hyp. Anth. Nord-G.-C.B.	5	101,50 bz
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	166 G
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	109,40 bz
do. do. II. Em.	5	105,75 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m 110	5	103,75 bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	97,25 bz
Meininger Präm.-Pfd.	4	105 bzB
Oest. Silberpfandbr.	5½	67,75 bz
do. Hyp. Crd. Pfndbr.	5	65 B
Pfdb. d. Oest Bd.-Cr.-Ge.	5	88,10 B
Schles. Bodencr. Pfndbr.	5	100,50 G
do. do.	4½	94,90 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	103 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4½	69,50 bzB
do. Papierrente	4½	65,30-20 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	114,25 G
do. Lott.-Anl. v. 60	5	119,10 bzG
do. Credit-Loose	—	362 etbzB
do. 64er Loose	—	308 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	174 bz
do. do. 1866	5	169,40 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	91,80 bz
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	89,40 bz
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	83,90 G
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	70,20 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	103,60 etbzB
do. do. p. 1885	6	102,10-102bzG
do. 5% Anleihe	5	99,30 bzB
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	72,30 bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	100,10 bzG
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	83,10 bzB
Rumänische Anleihe	8	105,75 bzB
Türkische Anleihe	5	43,60 bz
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	76,50 G
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—	— —
Finnische 10 Thlr.-Loose		39,70 bzG
Türken-Loose		103,10 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg-Märk. Serie II.	4½	98,50 bzB
do. III. v. St. 3½ g.	3½	85,40 bz
do. do. VI.	4½	97,75 bzG
do. Hess. Nordbahn	5	103,50 bz
Berlin-Görlitz	5	103,75 G
do.	4½	97 G
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	97,50 B
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	— —
do. do. J.	4½	97 G
Cöln-Minden III.	4	92,50 G
do. do.	4½	100,50 bz
do. IV.	4	93,50 bzB
do. V.	4	92 G
Halle-Sorau-Guben	5	89 bzG
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	101 G
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97 bzG
do. do. II. Ser.	4	96,25 B
do. do. Obl. I. u. II.	4	97 bzG
do. do. III. Ser.	4	96,50 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	92,75 B
do. D.	4	92,75 B
do. E.	3½	85 B
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	99,50 G
do. H.	4½	101,50 bzG
do.	5	103,30 B
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	98,60 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	93 G
do. do.	5	103,30 bzG
do. Stargard-Posen.	4	— —
do. do. II. Em.	4½	99,50 G
do. do. III. Em.	4½	99,50 G
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	— —
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Chemnitz-Komotau	5	61,75 bz
Dux-Bodenbach	5	82,75 B
do. II. Emission.	5	69 bz
Prag-Dux	fr.	37 G
Sal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	93,60 bzG
do. do. neue	5	92,25 B
Kaschau-Oderberg	5	76,50 bzG
Ung. Nordostbahn	5	66,10 etbzG
Ung. Ostbahn	5	63 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	72,20 G
do. do. II.	5	78,10 G
do. do. III.	5	71,10 G
Mährische Grenzbahn	5	71 bzG
Mähr-Schl. Centralbahn	fr.	29,70 bzG
do. neue	fr.	38 G
Kronpr. Rudolph-Bahn	5	83 bz
Oestert.-Französische	3	325,40 bz
do. do. neue	3	318,20 bzG
do. südl. Staatsbahn	3	254,30 bz
do. neue	3	255,50 G
do. Obligationen	5	87,60 etbzB
Warschau-Wien II.	5	99,60 G
do. III.	5	98,90 bz
do. IV.	5	97,90 bz

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

	Divid. pro	1873	1874	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1¼	—	—	4	30 bzG
Berg.-Märkische	3	—	—	4	85,75-5,50 bz
Berlin-Anhalt	16	8½		4	120 bzG
do. Dresden	5	5		5	48,80 bzB
Berlin-Görlitz	3	—	—	4	66,75 bz
Berlin-Hamburg	10	10		4	181,50 bzG
Berl. Nordbahn	5	0		4	5,90 bz
Berl.-Postd.-Magd.	4	—		4	77,50 bzB
Berlin-Stettin	10¾	9¹¹/₁₂		4	135,90 bz
Böhm. Westbahn.	5	5		5	87 bzG
Breslau-Freib.	8	—		4	85,50 bzG
do. neue	5	5		5	— —
Cöln-Minden	8⅛	—		4	113,25-13 bz
do. neue	5	5		5	105 B
Cuxhav. Eisenb.	6	6		6	— —
Dux-Bodenbach B	0	0		4	34,50 bzB
Gal. Carl-Ludw.-B.	8,67	—		4	108,25-6 bzG
Halle-Sorau-Gub.	0	0		4	24 bzB
Hannover-Altenb.	0	0		4	20,50 bzG
Kaschau-Oderbrg.	5	5		5	59,90 bz
Kronpr. Rudolphb.	5	5		5	65,80 bz
Ludwigsh.-Bexb.	9	—		4	176,25 bz
Märk.-Posener	0	0		4	26,50 bzG
Magdeb.-Halberst.	6	—		4	78,50 bz
Magdeb.-Leipzig	14	14		4	218 bzG
do. Lit. B.	4	4		4	93 bzG
Mainz-Ludwigsh.	9	—		4	118,50 bz
Niederschl.-Märk.	4	4		4	97,50 bzG
Oberschl. A. C. D.	13⅞	—		3½	145,30 bzG
do. B.	13⅞	—		3½	134,25 bzG
do. E.	—	—		3½	137,90 bzB
Oester.-Fr.-St.-B.	10	—		4	558-60,50 bz
Oest. Nordwestb.	5	5		5	283 81 bz
Oester. südl. St.-B.	3	—		4	249-51,50 bz
Ostpreuss. Südb.	0	0		4	43 bz
Rechte O.-U.-Bahn	6½	—		4	111,75 bzG
Reichenberg-Pard	4½	4½		4½	68 bzG
Rheinische	9	—		4	118-17,75 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0		4	21 bz
Rumän. Eisenbahn	5	—		4	34,70 bz
Schweiz Westbahn	13/6	—		4	15 bzG
Stargard-Posener	4½	4½		4½	101 B
Thüringer	7¼	—		4	112,50 bz
Warschau-Wien	11	—		4	256,25 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	5	5	98,10 bzG
Berlin. Nordbahn	5	0	5	9,75 bz
Breslau Warschau	0	0	5	35 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	35,75 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	34,50 bzB
Kohlfurt-Falkenb.	5	—	5	49,90 bzB
Märkisch-Posener	0	0	5	54 G
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	66,25 bz
do. Lit. C.	5	5	5	94 bz
Ostpr. Südbahn	0	0	5	79 bzG
Pomm. Centralb.	0	0	fr.	2 bz
Rechte O.-U.-Bahn	6½	—	5	112,90 G
Rum. (40% Einz.)	8	8	8	87 bzB
Saal-Bahn	5	—	5	42 B

Bank-Papiere.

Anglo Deutsche Bk	0	0	4	46 bz
Allg. Deut. Hand.-G	0	—	4	14,50 G
Berl. Bankverein	5½	—	4	84,25 G
Berl. Kassen-Ver.	29	19¹/₁₀	4	249 G
Berl. Handels-Ges.	6½	7	4	118,10 bzG
do. Prod.-u. Hdls. B.	3⅝	10½	4	87,20 G
Braunschw. Bank	9	7½	4	101 bzG
Bresl. Disc.-Bank	2½	—	4	85,50 G
do. Hand.u.-Entrp.	5	—	4	— —
Bresl. Maklerbank	0	—	4	76 B
Bresl. Mkl.-Ver.-B.	5	4	4	87 B
Bresl. Wechslerb.	0	—	4	75 G
Centralb. f. Ind. u. Hand.	4	4	4	76 bzG
Coburg. Cred.-Bk.	4	4½	4	76 B
Danziger Priv.-Bk.	7⅜	6	4	116 G
Darmst. Creditbk.	10	10	4	143,60 bzB
Darmst. Zettelbk.	7⅗	6½	4	103 G
Deutsche Bank	4	—	4	83,75 G
do. Hyp.-B. Berlin	5	7½	4	94,75 bzG
Deutsche Unionsb.	1	3	4	72,50 bzG
Disc.-Com.-A.	14	—	4	167 bzG
Genossensch.-Bk.	3	6	4	98,50 bzG
do. junge	3	6	4	101,25 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	4	61,75 bz
Goth. Grundcred. B	8	9	4	110,90 G
Hamb. Vereins-B.	10⅝	11¹/₁₀	4	123,25 G
Hannov. Bank	7⅜	—	4	104 B
do. Disc.-Bk.	0	—	4	77,50 bzG
Hessische Bank	0	—	4	68,50 G
Königsb. do.	0	5¾	4	86,50 G
Lndw. B. Kwilecki	0	—	4	60 G
Leip. Cred.-Anst.	9¾	9⅛	4	141 B
Luxemburg. Bank	8⅛	9	4	115,50 bz
Magdeburger do.	6⅗	5½	4	109 G
Meininger do.	5	—	4	92,60 bzG
Moldauer Lds.-Bk.	5	—	4	59 G
Nordd. Bank	10⅛	10	4	146,50 bz
Nordd. Grundcr. B.	7¼	9½	4	104 bzG
Oberlausitzer Bk.	0	—	4	62,50 B
Oest. Cred.-Actien	5⅜	6⅞	4	428-27 bz
Ostdeutsche Bank	4	6	4	78,60 G
Ostd. Product.-Bk.	0	—	4	— —
Posner Prov.-Bank	7⅜	6	4	108,25 G
Preuss. Bank-Act.	20	12¾	4½	154,50 bz
Pr.-Bod.-Cr.-Act.B.	0	8	4	107,25 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Cr.	9½	9½	4	119,75 bz
Sächs. B 60 % I. S.	12	10½	4	119,75 bzG
Sächs. Cred.-Bank	0	5	4	85,50 G
Schl. Bank.-Ver.	6	—	4	102,75 G
Schl. Centralbank	8	—	4	88,75 G
Schl. Vereinsbank	7	—	4	92 bzG
Thüringer Bank	8	6	4	93,50 bzB
Weimar. Bank	5	5¼	4	91,50 bzB
Wiener Unionsb.	0	6	4	204 bz

(In Liquidation.)

Berliner Bank	0	—	fr.	83,50 bzG
Berl. Lomb.-Bank	0	—	fr.	15 B
Berl. Makler-Bank	0	—	fr.	— —
Berl. Prod.-Makl. B	12¾	0	fr.	— —
Berl. Wechslerbk.	0	—	fr.	99 bzG
Br. Pr.-Wechsl.-B.	0	0	fr.	71 B
Centralb. f. Genos.	0	—	fr.	93,50 G
Nrdschl. Cassenv.	0	—	fr.	1 B
Pos. Pr.-Wechsl.-B	0	—	fr.	1 B
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	58 G
Prov.-Wechsl.-Bk.	0	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	28 G

Industrie-Papiere.

Baugess. Plessner	0	0	fr.	1,10 bz
Berl-Eisenb.-Bd. A.	6⅞	7½	4	155 bzB
D. Eisenbahnb.-G.	6	0	4	29,50 bz
do. Reichs- u. Co.-E.	8	—	4	86,50 bzG
Märk. Sch. Masch. G.	9	—	4	28 etbzG
Nordd. Papierfabr.	0	—	4	45 B
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	19,25 bzG
Pr. Hyp. Vers-Act.	17⅜	18⅜	4	129,50 bzG
Schl. Feuervers.	18	—	4	575 G
Donnersmarkhütte	6	—	4	37,50 bzG
Dortm. Union	0	—	4	25,90 bzG
Königs- u. Laurah.	20	—	4	113,50 bz
Lauchhammer	2	—	4	39 bzG
Marienhütte	6	—	4	66,40 B
Minerva	0	—	fr.	— —
Moritzhütte	5	—	4	40 G
OSchl. Eisenwerk.	0	—	4	24 B
Redenhütte	2	—	4	23 B
Schl. Kohlenwerk.	1	—	4	40,50 G
Schles. Zinkh.-Act.	8	—	4	93 B
do. St.-Pr.-Act.	8	—	4½	95,25 bzG
Tarnowitz. Bergb.	16	—	4	67,50 bzB
Vorwärtshütte	7	—	4	33 B
Baltischer Lloyd	0	—	4	29,75 B
Bresl. Bierbrauer.	9	—	4	24,25 G
Bresl. E.-Wagenb.	3½	6⅜	4	55,75 B
do. ver. Oelfabr.	8	—	4	56,25 G
Erdm. Spinnerei	7	—	4	48 bzG
Görlitz, Eisenb.-B.	0	—	4	41,50 bzG
Hoffm's Wag.-Fab.	5⅛	—	4	— —
O. Schl. Eisenb.-B.	5	—	4	52,50 bzB
Schles. Leinenind.	9	7½	4	88 bzG
S Act.-Br. (Scholtz)	0	—	fr.	27 G
do. Porzellan	7	—	4	33 B
Schl. Tuchfabrik-	0	—	4	1 G
do. Wagenb.-Anst.	0	—	4	7,50 bz
Schl. Wollw.-Fabr.	0	—	4	24 B
Wilhelmshütte MA	10	—	4	89,50 G

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 24. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 206, 20. Pariser do. 81, 70. Wiener do. 183, 40. Böhmische Westb. 173½. Elisabethbahn 168¾. Galizier 211½. Franzosen*) 278½. Lombarden*) 124¼. Nordwestbahn 141½. Silberrente 69⅝. Papierrente 65¼. Russ. Bodencredit 91¾. Russen 1872 —. Amerikaner 1882 99⅜. 1860er Loose 119¼. 1864er Loose 308, 25. Creditactien*) 213¼. Bankactien 878. Darmstädter Bank 144¾. Brüsseler Bank 106⅝. Berliner Bankverein 83¾. Frankfurter Bankverein 82½. do. Wechslerbank 82. Oesterr.-deutsche Bank 87. Meininger Bank 92¼. Hahn'sche Effectenb. 113. Prod.-Disc.-Gesellschaft 80⅜. Continental 86¾. Hess. Ludwigsbahn 119⅜. Oberhessen 74¼. Raab-Grazer 85⅛. Ungar. Staatsloose 176, 80. do. Schatzanweisungen alte 94½. do. Schatzanw. neue 92⅞. Oregon Eisenb. —. Rockford do. 12⅝. Central-Pacific —.

*) per medio resp. per ultimo.

Speculationswerthe anfangs still und matt, besonders Creditactien; nach Schluß der Börse entschieden besser.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 214⅜, Franzosen 280¾, Lombarden 125⅜. Spanier —.

Hamburg, 24. März, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 115¼, Silberrente 69¾, Credit-Actien 214, 1860er Loose 119¾. Nordwestbahn —, Franzosen 699, Lombarden 314½, Ital. Rente 72¼, Vereinsbank 123¾, Laurahütte 113½ G., Commercienb. 85½, do. II. Em. —, Norddeutsche 145¼, Prod.-Disc. —, Anglo-deutsche 46½, do. neue 67, Dän. Landmbk. —, Dortmunder Union —, Wiener Unionb. —, 64er Russ. Pr.-A. —, 66er Russ. Pr.-A. —, Amerikaner de 1882 93⅞, Köln. M. St.-A. 112¾, Rhein. E. do. 117½, Berg.-Märk. do. 85½, Disconto 3 %. — — Fest.

Hamburg, 24. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine matt. Roggen loco ruhig, auf Termine matt. Weizen 126pfd. per April-Mai 1000 Kilo netto 187 Br., 186 Gd., per Mai-Juni 1000 Kilo netto 188 Br., 187 Gd., per Juni-Ju